

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

155 (6.7.1912) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementpreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 2 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,40 Mk. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseratenannahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
Verlagsdruckerei G. C. & Co., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad., Politik, Aus der Partei, Gemeindefachliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel;
für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Neugruppierungen?

Die Mühlheimer Rede des Abgeordneten Marx hatte den Konservativen doch einige Angst gemacht und sie atmen ordentlich befreit auf, nachdem ihnen jetzt die „Köln. Volkszeitung“ auseinandergesetzt hat, daß das alles nicht so schlimm gemeint gewesen sei und daß nur die böswilligen Gegner von einem Zerreißen des Drahtes zwischen dem Zentrum und der Rechten reden könnten. Zudem hat Herr Marx ja berichtet, daß man in den Weltanschauungsfragen zusammengehe. Na also. Zu den Weltanschauungsfragen gehört am Ende auch der Weizenjoll und das preussische Wahlsystem. Es hat sich demzufolge nichts geändert und die Liberalen haben zu früh triumphiert.

Es hat Zeiten gegeben, in denen die Junter weniger bescheiden waren und in denen sie auf Worte, wie sie in Mühlheim gefallen sind, anders geantwortet hätten. Aber man ist ein wenig bescheiden geworden. Ganz allein auf weitem Fluß zu stehen ist selbst für einen preussischen Konservativen mit all seinem Dünkel und seinem trotzigen Selbstbewußtsein kein Vergnügen mehr und mag er auch im Herzen auf die infamischen Jesuwörter schelten: er weiß, daß er sie nötig hat und jetzt bei ihren politisch-taktischen Wandern ein süß-saures Lächeln auf. Er ist ungefähr in der Lage, in der sich Fürst Bülow befand, als Italien gar zu deutlich mit Frankreich schon tat: er macht aus der Not eine Tugend, spielt den Unbesorgten und Toleranten und erklärt es für töricht, daß ein Mann gleich einen roten Kopf bekommt, wenn seine Frau mit einem anderen eine Extratour tanzt.

Die „Kölnische Volkszeitung“ hat ja in derselben Beschwichtigungsnotiz, auf die die Rechte sich beruft, für das Zentrum das Recht zu Extratouren nachdrücklich in Anspruch genommen. „Die Zentrumsparthei“, so sagt sie, „wird heute gerade so wie früher ihre Politik nach ihren Grundbegriffen betreiben und dabei bald auf das Zusammengehen mit den Konservativen, bald auf das Zusammengehen mit den Liberalen angewiesen sein.“ „Ganz unsere Meinung“, erklären einstimmig die Organe der Rechten, und sie fragen verwundert, warum dem Zentrum diese Freiheit nicht zugestanden werden solle, da die Konservativen doch auf dieselbe Ungebundenheit Anspruch erheben und da ja bekanntermaßen ein schwarz-blauer Bloch niemals bestanden habe und ein Bündnis zwischen den beiden Parteien nur in der Phantasia der Liberalen und Sozialdemokraten vorhanden sei.

Vor den Reichstagswahlen las mans anders. Da tat man sich mit dem Zentrum auf Geheiß und Verberd zusammen zur gemeinsamen Bekämpfung der Linken. Nicht nur der Sozialdemokraten, sondern auch der Liberalen, und gerade des Herrn v. Seydewitz Politik gipfelte in dem Bestreben, mit Hilfe der Liberalen den Liberalismus an die Wand zu drücken. Nun aber müssen die Seydewitz'schen ruhig zusehen, wie der Verbündete Annäherungsversuche an die Nationalliberalen macht und noch mehr als das: sie müssen noch so tun, als geschehe das mit ihrer vollen Zustimmung und als seien auch sie immer bereit gewesen, die bürgerliche Linke als bündnisfähig anzusehen.

Das ist ohne allen Zweifel eine schwere moralische Niederlage des Konservatismus und all seine hochfahrenden Redensarten laufen zuletzt doch nur auf ein verzweifelttes Eingeständnis der eigenen Schwäche hinaus. Aber andererseits wäre es verhängnisvoll, wollte man nun mit einer Neuorientierung der inneren Politik rechnen. Was das Zentrum will ist nichts anderes als eine Parteigruppierung zu schaffen, innerhalb deren es selbst als die stärkste Organisation Ton und Richtung angibt, und in der es in der Mitte stehend den rechten und den linken Flügel gegeneinander auszuspielen vermag. Es möchte auf die Dauer um so weniger mit den Konservativen isoliert bleiben, als es Flug genug ist, einzusehen, daß die öffentliche Meinung sich mehr als es seit langem der Fall war, gegen diese richtet, und es möchte sich auch nicht ganz von ihnen loslagern, da es ihrer in den sogenannten Kulturfragen bedarf und da mit den Nationalliberalen allein ja auch keine sichere Mehrheit herzustellen ist. So verjuckt es denn, die Nationalliberalen mit in den Konjunktur der politischen Parteien einzubeziehen, und wenn ihm das nicht ganz gelingen sollte, dann würde es auch schon zufrieden sein, wenn es einen Teil von ihnen herüberholen könnte und zu solchen Abplitterungsverjuckungen hält es nicht mit Unrecht die Gelegenheit für besonders günstig.

Nun darf man darauf gespannt sein, wie die Nationalliberalen diesem Liebeswerben begegnen werden. Die Antwort, die die „Köln. Sta.“ dem freundlich sich verbeugenden Herrn Marx gab, war ja keineswegs ablehnend. Und warum sollte sie auch? Vor dem 13. Dezember 1906 war ja das, was das Zentrum jetzt herbeiwünscht, bereits Tatsache, und man braucht nur einmal die Abstimmungslisten aus jener Zeit wieder vorzuführen, um sich zu vergegenwärtigen, daß damals ein allerdings statutenloses Kartell von Bassermann bis Normann die Geschäfte der Regierung besorgte. Durch den Bülowblock wurden diese Jäden zerstört und die Finanzreform schien die Nationalliberalen ja ganz auf die Linke zu werfen. Aber das alles war doch mehr oder weniger äußerlich und so lebhaft die Nationalliberalen auch Jahre hindurch gegen den Merikalismus des Zentrums deklamiert haben und so emphatisch sie sich als Hüter des Kultus und der Geistesfreiheit hinstellten: wenn Not am Mann war, halfen sie dem Zentrum doch wieder aus der Patsche. Kultus und Geistesfreiheit blieben ihnen Dinge für den Sonntag nachmittag, den Werktag beherrschte das Profitinteresse.

In dem „Grenzboten“ hat jetzt ein nationalliberaler Oberverwaltungsgerichtsrat dargelegt, daß im Grunde alle Differenzen innerhalb seiner Partei auf Meinungsverschiedenheiten über die Stellung zur Sozialdemokratie zurückzuführen seien. Aber er fügt gleich hinzu, daß über das Prinzip der Bekämpfung der äußersten Linken Einigkeit bestehe. Das ist durchaus richtig. Da trennt die Zustimmung, Bassermann, Stresemann und Kaufmann nicht voneinander. Deshalb bedeutet es für uns auch recht wenig, ob die Bemühungen des Zentrums Erfolg haben und die „gemäßigt“ Liberalen ganz oder zum Teil die auf schwachen Füßen stehende schwarzblaue Firma tanzen und stützen helfen. Es bedeutet nur etwas für den Liberalismus. Der steht wieder einmal auf dem Punkte, zu beweisen, daß er es ist, der durch seine Hilfsbereitschaft in kritischen Momenten die Reaktionen vor dem Zusammenbruch bewahrt.

Deutsche Politik.

Das Wahlergebnis. Eine offiziös bediente Korrespondenz weiß zu melden, daß die Regierung der Frage der Durchführung von Maßregeln zur Sicherung des Wahlergebnisses erneut nähergetreten ist, nachdem sich der Reichstag in der letzten Sitzung nahezu einstimmig für die Einführung von amtlichen Wahlurnen ausgesprochen hat. Wahrscheinlich wird man sich darauf beschränken, gewisse Mindestmaße für die Wahlurnen festzusetzen, die so zu wählen wären, daß ein Schichten der Wahlzettel beim Einwerfen ausgeschlossen ist. Nach den vielen angestellten Versuchen ist eine ausreichende Größe der Wahlurne als genügendes Mittel zur Verhinderung der Schichtung der Wahlzettel anzusehen.

Zur Einführung amtlicher Wahlurnen kann sich die Regierung nun einmal nicht entschließen. Es fällt ihr zu schwer, die Möglichkeiten des Mogelns gründlich zu unterbinden. Die Folgen einer Fleischnotdebatte. Anfang Dezember vorigen Jahres brachte der Abg. Gen. Baudert im Weimarerischen Gemeinderat zur Sprache, ihm sei mitgeteilt worden, die Hofjagdverwaltung habe mehr als hundert geschossene Hasen vergaben lassen, statt sie für einen billigen Preis unter die Bevölkerung zu bringen, lediglich damit die Preise nicht gedrückt würden. Diese Mitteilung ist in den Tageszeitungen lebhaft kommentiert worden. Auch die freizeitliche „Leipziger Abendzeitung“ knüpfte Erörterungen daran, durch die sich die Hofjagdverwaltung beleidigt fühlte. Es waren Ausdrücke gebraucht worden, wie „einfältiger Sinn“, „Missachtung sozialer Räte“ und „Böswilligkeit der Hofjagden“. Die zweite Strafkammer des Landgerichts verurteilte den Chefredakteur, Dr. Breitner, zu 300 Mk. Geldstrafe.

Neues nationalliberales Propagandablatt. Ein aus Nationalliberalen bestehendes Konjunktium kaufte im Interesse einer nachdrücklichen Propaganda in der Altmark den in Stendal erscheinenden „Altmarkter“ für 600 000 Mk. Der „Altmarkter“ hatte bei der letzten Wahl den nationalliberalen Herrn Fuhrmann unterstützt, trieb aber neuerdings, angelehnt an die Schwärzung Fuhrmanns nach rechts, eine klare liberale Politik. — Es wird vermutet, daß die Käufer Herrn Fuhrmann nahesteht. Den Nationalliberalen wird übrigens nachgejagt, sie hätten Geld wie Heu.

Auf der Suche nach neuen Reichsteuern. Dem geldgierigen Moloch, der sein Augenmerk auf die neueste Erfindung unserer Mordwaffenindustrie richtet, exportieren die Patrioten neue Steuerprojekte. Das Juliheft der Münchener Halbmonatsschrift „Janus“ drückt das Erstaunen der Redaktion darüber aus, daß man bei uns noch nicht nach französischem Muster eine Besteuerung der Musikinstrumente vorgeschlagen hat. Da diese Ar-

tikel zu den Luxusgegenständen gehören, müßten sie doppelt belastet werden: durch eine Luxussteuer beim Ankauf, sodann durch eine fortlaufende Gebrauchssteuer; erstere sollte „nur 30—50 Mk.“, letztere etwa 50 Mk. betragen. Mit der respektablen Summe dieses Steuerergebnisses bekäme der Staat Mittel zu „sozialen Zwecken“. Steuerfrei sollten jene Personen bleiben, die durch ein Instrument ihr Brot verdienen — jedenfalls denkt der Janus an die dreihunderttausend Kriegsveteranen. Ferner wünscht das Doppelgeheiß des Steuerfinders, daß die Gebrauchssteuer denen erlassen wird, „die ein eigenes Anwesen besitzen und es nicht zu Vermietungszwecken benutzen“.

Der „Janus“ verbindet mit dieser Steuererschöpfung auch kulturelle Tendenzen: den Schuß „friedliebender Mitmenschen“ vor Belästigungen und die Bekämpfung des „aufdringlichen und taslofen Dilettantismus“.

Und von einer solchen Steuertechnik, welche die Willenbesitzer, Rittergüter, hohe Staatsbeamten usw. verschont, rühmt der „Janus“, daß sie „nur bemittelte Klassen treffen und den kleinen Mann nicht belasten würde“.

Wenn der Arbeiter glaubt, in seinem Kinde das Talent für Musik entdeckt zu haben, und dasselbe ausbilden lassen will, muß er Instrumentensteuer bezahlen, weil er in einer Mietwohnung haust. Der im Villaviertel prozende Hausbesitzer kann den Dilettantismus seiner Kinder steuerfrei sich entfalten lassen.

Ultramontane Hunkerei! Unter dem Druck der durch die sozialdemokratische Agitation ausgelösten öffentlichen Meinung und gegen den heftigen Widerspruch der Agrarier suspendierte die Regierung den Kartoffeljoll. Die Maßnahmen hatten den ausgesprochenen Zweck, durch die Erleichterung der Einfuhr einen Druck auf die wahnwitzig hohen Kartoffelpreise auszuüben. Kosteten doch im Dezember 1900 Kilogr. Speisekartoffeln nach Notierungen in Berlin 1910 44,17 Mk., 1911 jedoch 80 Mk. und nach Breslauer Notierung 1910 38 Mk. und 1911 70 Mk. Sofort nach Aufhebung des Jolls beschimpften ultramontane Blätter, darunter als ein der lärmendsten die sog. „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ der katholischen Arbeitervereine, die Sozialdemokratie als Agentin des Auslandes. Angeblich müßte die Maßnahme den Konsumenten keinen Deut; durch die „Leuerungshebe“ angeregt, die von der Sozialdemokratie ausgeübt werde, steckten die ausländischen Händler den erparten Joll in die Tasche. Sinter solch blödsinniger Schimpferei verbergen sich die agrarischen Handlangerdienste, es tobte sich darin die Wut über eine kleine Erleichterung des Preiswucherhandwerks aus. Daß gerade ein Jogen Arbeiterblatt diese Geschäfte zu verrichten verpflichtet war, beweist deutlich genug die innige Gemeinschaft zwischen den frommen Demagogen und den brutalsten Arbeiterfeinden. Wie froh man die Leser beschwindelt hat, das läßt sich nun recht deutlich an den in Betracht kommenden Außenhandelsziffern dartun. Es betrug nämlich die Einfuhr von Kartoffeln in den ersten fünf Monaten

1911 553 099 Doppelzentner im Werte von 3 977 000 Mk.,
1912 4 258 375 Doppelzentner im Werte von 30 618 000 Mk.

Demnach ist die Einfuhr um das fast Achtfache gestiegen. Die Wertsteigerung ist nicht erheblich über diesen Satz hinausgegangen. Der Einheitswert stieg nur von 7 Mk. auf 7,15 Mk. pro Doppelzentner. Dagegen war er nach der Berliner Notierung im Dezember 1911 um 3,58 Mark höher als wie zu der gleichen Zeit des Vorjahres. Daß die größere Einfuhr ohne diesen Aufschlag auf die Inlandspreise drückte, liegt klar zutage. Daher die Wut der Agrarier und ihrer Trabanten, ferner ihre in gebärgigen Unterstellungen sich ausstobende Rachelust. Diese Tatsachen werden die christlichen Arbeiterblätter ihren Lesern natürlich verschweigen. Das gehört ja auch zum Verleumdungsgeschäft!

Fort mit der Zuckersteuer! Dem Zentrum gebührt der Ruhm, eine Ermäßigung der Zuckersteuer und damit eine weitere Verbilligung dieses wertvollen Nahrungsmittels wieder weiter hinausgeschoben zu haben. Daher entbehrt es nicht eines gewissen Reizes, daß die „Köln. Volkszeitung“ die Marktrommel rührt wegen einer dem Rübenzucker drohenden Konkurrenz. Der Rohrzucker soll wieder auf dem Vormarsch sein. Er werde den Rübenzucker mit der Zeit „ganz verdrängen“. Die Erzeugung von Rübenzucker sei in den Hauptproduktionsländern seit 1904 von 4 Mill. Tonnen zunächst auf 5 Mill. Tonnen, dann 1906 auf 7 Mill. Tonnen gestiegen, im Jahre 1910 aber habe sie nur noch 6 Mill. Tonnen ergeben. In derselben Zeit sei die Kolonialzuckererzeugung von 4 Mill. auf 8 Mill. Tonnen gestiegen. Die Kultur des Zuckerrohrs habe seitdem weitere Fortschritte gemacht. Die Herstellungskosten, die sich bisher schon zirka 12 Prozent unter denen des am billigsten hergestellten Rübenzuckers hielten, sollen sich noch

Veren
Karlsruhe
tag 1 Uhr
ahrt.
Weihen
idstraße, nach
artenfest des
Bleichheit im
tägliches Ex
eder erwün
kaufen:
1 Bett
1 Spiegel
ommoden mit
felleckmode
nt, 1 zweiflü
hrante, 1 Herd
bedeines alles
408
0, im Hof
it Hof u. Matr.
Rückenschaft, 1
p. Biegmesser
entfr. 87, 4

weiter erheblich ermäßigen lassen. Mit der Vernichtung des Rübenzuckerbaues und der Zerstörung der heimischen Zuckerindustrie müsse daher gerechnet werden. Danach konnte man glauben, die Zuckersteuer müsse eine ewige Einrichtung sein. Die Steuer macht bei uns immer noch fast 40 Prozent des Rohzuckerpreises aus. Eine Aufhebung dieser Steuer würde den Konsum ganz gewaltig steigern lassen und jeder Gefahr des Kolonialzuckers entgegen. Die Angsttriebe des ultramontanen Blattes geben erneut Veranlassung, die schon zweimal auf Betreiben des Zentrums verhinderte Ermäßigung der Zuckersteuer auf 5 Mk. und ihre recht baldige gänzliche Aufhebung ganz energisch zu verlangen.

Unstimmigkeiten in der nationalliberalen Jugendbewegung. Der Vorsitzende der deutschen Turnerschaft, Dr. Götz (Leipzig), hat in der letzten Ausschusssitzung des Jungdeutschlandbundes sein Mißfallen darüber ausgesprochen, daß überall pensionierte Offiziere als Leiter der Bezirksvereine des Bundes berufen wurden. Dr. Götz hat im einzelnen angeführt: Geschäftsführer sei ein Generalmajor mit 6000 Mk. Gehalt, dem ein Major a. D. als Helfer mit 3400 Mk. Gehalt zur Seite stehe; auch Feldmarschall Frhr. v. d. Goltz solle demnächst durch einen Major mit 3000 Mk. Gehalt unterstützt werden. Diese Mitteilungen gefallen selbst sehr nationalen Vätern nicht. So schreibt die rechtsnationalliberale „Dortmunder Zeitung“:

„Sozialdemokratische Blätter werfen bereits die höhnische Frage auf, ob die ganze Jungdeutschlandbewegung mit zu dem Zweck ins Leben gerufen sei, um verabschiedeten Offizieren, die ohnehin auskömmliche Pensionen bezögen, fette Früchte zu erschließen. Es bedarf keiner Ausführung, daß solche Unterstellungen weit über das Ziel hinauschießen. Andererseits aber darf man sich nicht verhehlen, daß eine einseitige Bevorzugung pensionierter Offiziere durch den Jungdeutschlandbund und ihre reichliche Bezahlung die Gefahr der Abspaltung vom Jungdeutschlandbunde in sich bergen. Dieser Gefahr sollte zum Nutzen für die Jungdeutschlandbewegung schleunigt und nachhaltig vorgebeugt werden.“

So drohen also der Einigkeit der nationalen Jugendbewegung schon allerlei Gefahren. Der Millionen-Ritt der Regierung schadet mehr als er nützt, denn es gibt zuviel Personen, die sich für ein Gehalt von einigen tausend Mark in den Dienst der „guten Sache“ stellen möchten.

Badischer Landtag.

95. Sitzung der 2. Kammer.

© Karlsruhe, 5. Juli.

Präsident Rohrbach eröffnet 9.20 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissäre.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesekentwurf betr.

Die Abänderung des Polizeistrafgesetzbuches

Der bereits von der ersten Kammer beraten und mit wenigen Änderungen angenommen wurde. Die Vorlage will in ihrem ersten Teil der Ordnung der Zeichenverbrennung eine gesetzliche Grundlage geben.

Abg. Kopf (Zentr.) stellt als Berichtshatter den Antrag, den Beschlüssen des anderen Hauses zuzustimmen auch hinsichtlich des zweiten Abschnittes der Vorlage, der einen besseren Schutz der Tiere und Pflanzenschutz bezweckt. Die Petition der Feuerbestattungsvereine soll aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses der Kommission der Regierung in dem Sinne empfehlend überwiesen werden, daß eine spätere gesetzliche Regelung des Feuerbestattungswesens erfolgt.

Abg. Dr. Koch (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage. Die Gleichberechtigung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung könne nicht mehr bestritten werden. Redner wendet sich gegen die Bedenken ethischer, ästhetischer und juristischer Natur.

Abg. Maier (Soz.): Wir werden dem Gesekentwurf zustimmen und auch dem Antrag der Kommission auf empfehlende Ueberweisung der Petition der Feuerbestattungsvereine. Wir haben gegenüber der Regierungserklärung nur das eine Bedenken, daß vielleicht etwas schätzenswertes bei Auslegung der Vorschriften verloren gehen wird, daß man dieselben vielleicht etwas zu genau dem Buchstaben nach auslegen wird. Gewiß ist es notwendig, daß die Verstorbenen, die verbrannt werden wollen, vorher genau

untersucht werden. Uns scheint aber die diesbezügliche Verordnung etwas zu tiftelig verfaßt worden zu sein. Weiter sind wir der Meinung, daß die Mitgliedschaft in einem Feuerbestattungsverein als letzte Willensfundgebung gelten soll. Es kommt auch umgekehrt viel öfter vor, daß jemand, der feuerbestattet werden will, von seinen Angehörigen nicht feuerbestattet wird. Die Regierung täte gut daran, wenn sie sich darauf beschränkte, in der Mitgliedschaft zu einem Feuerbestattungsverein die letztwillige Willensfundgebung des Verstorbenen anzuerkennen. (Beifall bei den Soz.)

Präsident Rohrbach: Eingegangen ist ein Antrag Dr. Zehnter, das Haus möge die Petition der Feuerbestattungsvereine für erledigt erklären.

Abg. Pfeifferle (natl.) gibt Anregungen zum Naturschutz. Insbesondere müsse man die Jugend belehren.

Abg. Dr. Zehnter (Ztr.): Das Jagdgesetz wird durch die zweite vorgeschlagene Aenderung des P.St.G.B. nicht berührt. Wir werden der Vorlage im ganzen zustimmen. Ein dringendes Bedürfnis zur gesetzlichen Regelung des Feuerbestattungswesens überhaupt können wir nicht anerkennen. Daher haben wir obigen Antrag eingebracht.

Minister v. Bodman: Auch ich halte eine gesetzliche Regelung nicht für geboten. Sollte aber die Entwicklung dazu führen, so dürfte kein Grund bestehen, eine gesetzliche Regelung der Materie aufzugeben. Wir haben den Grundgedanken aufgestellt, daß eine förmliche Erklärung des Willens vorliegen muß. Ausnahmsweise kann durch zwei glaubwürdige Zeugen befundet werden, ob der Verstorbene die Feuerbestattung gewünscht hat.

Abg. Vogel-Nachtig (F. Vpl.): Wir stimmen der Vorlage zu. Nachteile für die Strafrechtspflege sind nicht zu befürchten. Es ist eine schöne Aufgabe von Schule und Kirche, für den Schutz der Tiere- und Pflanzenschutz zu sorgen.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Wir wollen es nicht dem freien Ermessen der Verwaltungsbehörde überlassen, darüber zu entscheiden, ob eine Willensfundgebung des Verstorbenen vorliegt oder nicht.

Was die Regierung ausnahmsweise zulassen will, soll nach unserem Antrag zur Beweisregel erhoben werden. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Feuerbestattung zu einem Verbrechen benützt wird, ist sehr gering.

Abg. Gierich (kons.): An sich halten wir die Feuerbestattung nicht für die richtige, sind aber mit der Vorlage einverstanden, da es in dem Willen des Einzelnen liegt, sich bestatten zu lassen wie er will.

Nach kurzen Auseinandersetzungen des Ministers, der Abgg. Dr. Zehnter (Ztr., Maier (Soz.) und Kopf (Ztr.) wird das Gesetz einstimmig angenommen. Der Antrag Dr. Zehnter wird abgelehnt und mit Mehrheit der Kommissionsantrag gutgeheißen.

Es folgt der Bericht des Abg. Schmidt-Breiten (kons.) über den Gesekentwurf betreffend die

Erhöhung der Warenhaussteuer.

Die Kommission beantragt, die Vorlage anzunehmen und die eingegangenen Petitionen für erledigt zu erklären.

Präsident Rohrbach: Eingegangen ist ein Antrag Schmidt-Breiten auf Verringerung der Warenhäuser, in den kleineren Städten mit einem Umsatz von weniger als 200.000 Mk. und Einführung einer Filialsteuer.

Es sprechen der Antragsteller und in gleichem Sinne der Abg. Weichhaupt-Bullendorf (Ztr.).

Abg. Stühfink (Soz.) wendet sich gegen die Vorlage als den Ausbau eines Ausnahmeseckes. Die großkapitalistische Entwicklung zeige sich auf allen Gebieten. Wenn es den kleinen Kaufleuten und Gewerbetreibenden schlecht geht, so trägt den größten Teil der Schuld das Großsystem. Haben die Leute bares Geld, dann sieht man sie meistens in den Warenhäusern. Auch die Ansprüche der Mode haben zur Blüte der Warenhäuser beigetragen. Letztere seien eine moderne berechtigte Einrichtung. (Wir werden die Rede des Abg. Stühfink in den nächsten Tagen ausführlich bringen.)

Abg. Gühring (natl.): Es ist nicht zu bestritten, daß die Warenhäuser den anderen Geschäften schwere Konkurrenz bereiten. Die musterhafte Organisation, gute Geschäftsführung und nicht zuletzt das streng durchgeführte Prinzip der Barzahlung haben die Warenhäuser in die Höhe gebracht. Ihre Zahl hat sich aber demerit vermehrt, daß man die kleinen Kaufleute und Gewerbetreibenden nicht schuldig lassen darf. Wir werden dem Vorschlag der Regierung zustimmen. Durch den Antrag Schmidt könnten eventuell die getroffen werden, die wir schätzen werden.

Abg. Vogel-Mannheim (F. Vpl.): Die großen Lebensmittelgeschäfte mit einer Sondersteuer zu belegen, wäre verkehrt. Es geht nicht an, den wirtschaftlich Schwachen zum Nachteil des wirtschaftlich noch Schwächeren durch obige Maßnahme zu

schützen. Der gewerbliche Mittelstand ist im Begriffe, eine kräftige Organisation zu schaffen, wodurch er viel eher in Lage sein wird, die Konkurrenz mit den Warenhäusern zu nehmen. Durch die Rabattparbereine ist vieles besser worden. Daß die Verbandsgeschäfte nicht mit einer Steuer gefahrt werden können, bedauere auch ich.

Abg. Dr. Zehnter (Ztr.) erklärt, daß ein Teil seiner Petition nicht in der Lage sei, dem Antrage Schmidt zuzustimmen. Die Sitzung wird hier abgebrochen und auf nachmittags 4 Uhr vertagt. Schluß 1/2 Uhr.

Badische Politik.

Die sozialdemokratische Gefahr vor dem nationalen liberalen Fernrohr.

Die „Badische Landeszeitung“ bespricht in ihrer gegen Nummer die Broschüre des Gen. Weismann „Die sozialdemokratische Gefahr“. Das Blatt befaßt sich insbesondere mit dem folgenden Satze:

„Wir machen gewiß kein Hehl daraus, daß es unsere Pflicht ist, die politische Macht zu erringen, deren wir bedürfen, um unsere Grundsätze durchzuführen zu können. Aber wir haben diese Macht — wie bisher — auf dem Wege der ständigen Propaganda und der andauernden Aufklärung über unsere Ziele auf friedlichem Wege und innerhalb des Rahmens bestehender Gesetze zu erreichen.“

Hierzu läßt die „Bad. Landeszeitung“ ihr junges Geschlecht nicht wie folgt laut werden:

„Ganz so harmlos, wie hier Weismann seine Partei zu stellen sucht, ist sie nun allerdings nicht. Wir bezweifeln gewiß nicht, daß sie eine gewisse geschichtliche Mission zu erfüllen habe und teilweise auch erfüllt hat. Sie hat der gefährlichen Gesellschaft erst das Verständnis für die wirtschaftliche und soziale Eigenart des vierten Standes erschaffen, sie hat durch ihre organisatorische Arbeit die Arbeiterbewegung in geordnete Bahnen gelenkt, sie äußerlich und innerlich diszipliniert und mit ihrem Zukunftsstaat Tausenden von Arbeitern ein Ideal aufgerichtet, das sie vor Verzagtheit und vor Taten der Verzweiflung bewahrt. Wenn in Deutschland der jähe Uebergang vom Agrarstaat zum Industriestaat mit all seinem sozialen Elend, seinen Härten und Ungerechtigkeiten ohne die schweren Erschütterungen vollzog, von denen die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung vor dem Auftreten des Sozialismus zu berichten weiß, so ist das gewiß mit ein Verdienst der Sozialdemokratie.“

Aber über all dem darf man doch nicht vergessen, daß die sozialdemokratische Agitation auch ihre schweren und bedenklichen Schattenseiten hat. Die künstliche Verhäufung der wirtschaftlichen Gegensätze, wie sie vielfach von berufsmäßigen und bezahlten Redakteuren betrieben wird, die Schürung der Unzufriedenheit, die ständige Aufpeitscher der Leidenschaften, die Genöhsinnung, die staatsfeindliche animationale Gedankenengänge, die planmäßige Untergrabung aller Autorität im Staats- und Volkssinn, das alles macht die Sozialdemokratie auch für den, der die modernen Arbeiterbewegung mit vollem Verständnis gegenübersteht, zu einer „Gefahr“ für die Weiterentwicklung unseres nationalen Staates, über die man weder achtlos hinwegsehen darf.“

Wir wissen nicht, ob diese dilettantenhafte Behandlung der großen Kulturbewegung, als welche sich die Sozialdemokratie in den Augen jedes Verständigen repräsentiert, „Redaktionsarbeit“ ist. Es scheint fast so. Der Leser geht in der destillierte Haß des liberalen Pfahlbürgerturners gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, sonst könnte das Blatt nicht von „berufsmäßigen und bezahlten Redakteuren“ sprechen. Die politische und wirtschaftlich organisierte Arbeiterbewegung unterhält in Kategorien von Beamten, 1. die Redakteure der politischen und gewerkschaftlichen Presse, 2. Parteifunktionäre und 3. sonstigen Gewerkschaftsbeamten (Vorstände, Gauleiter, Kassierer usw.). Das sind also anscheinend die „berufsmäßigen und bezahlten Redakteure“, die, wie die „Landeszeitung“ im Satze vorher anerkennen muß, „durch ihre organisatorische Arbeit die Arbeiterbewegung in geordnete Bahnen gelenkt“ und die „bürgerlichen Gesellschaft erst das Verständnis für die wirtschaftliche und soziale Eigenart des vierten Standes erschaffen“ hat. Es scheint, daß die Redaktion der „Badischen Landeszeitung“ dieses „Verständnis“ hierfür noch extra „erschließen“ müssen, damit sie hierfür detartig dummes Zeug in ihrem Blatt nicht mehr aufnimmt bezw. schreibt. Derartiges Zeug rüch sich von selbst. Jedenfalls können wir der „Landeszeitung“

Söhne ihrer Väter.

Roman von Max Kreger.

79

(Fortsetzung.)

Auch Silvester bekam seine Stimmung, die aber sofort umschlug, sobald er den diden Kopf an seiner Seite sah. Zwei zudringliche Augen wachten da, eine große Nase schniffelte, und der breite Mund zeigte die Hauer wie zum beißen. Ein fluges Menschentier schien da neben ihm zu sitzen, das seine Gefährlichkeit zeigte und ihn andauernd anlockte. Dieser Fremdvater schien einen unergründlichen Magen zu haben, denn er aß für zwei. Silvesters ästhetisches Gefühl wurde dadurch verletzt, seine verfeinerten Sinne litten darunter, und das ewige Fragen und Heraus-holen aus ihm ermüdete ihn zuletzt. So wurde er des grausamen Spiels überdrüssig und war geneigt, die Vertreibung aufzugeben. Er nickte nur noch, warf kurze Antwortbrocken hin und hülfte sich wieder in Schweigen, ohne daran zu denken, daß man diese plöckliche Weftensänderung nur mit seinem Gemüt zusammenbrachte.

Da kachte Professor Meller aufs neue seine Neugierde hervor: „Sie sprachen da vorhin von einem neuen Werk, das Sie unter der Feder hätten. Darf man schon etwas näheres darüber erfahren?“

Silvester bekam einen neuen Anstoß zu seiner Rolle; zugleich wollte er Schluß damit machen. „Wenn es Sie interessiert, warum nicht,“ erwiderte er und tauchte seinen Blick in den des andern. „Ich behandle ein sehr interessantes Thema, mit dem Motto: „Ein bißchen verrückt muß jeder sein, schon damit man ihn für vernünftig hält.“ Ein geistreiches Paradoxon, nicht wahr? Stammt von mir. Schenke ich Ihnen.“ Und geheimnisvoll wie vorhin beim andern raunte er ihm mit starrem Auge zu, daß in seiner neuen Komödie nur lauter Verrückte vorkämen, die aber alle so vernünftig sprächen und handelten, daß niemand sie für krank halte. Erst am Schluffe komme man dahinter. Da trete nämlich der leitende Arzt der Anstalt auf, der benehme sich so tölpelhaft und spreche solch dummes Zeug, daß man seiner Erklärung, er sei der einzig normale Mensch im Hause, sofort Glauben schenke: denn

die Zuhörer fühlten sich ihm sofort geistesverwandt.“ Silvester drohte ihm mit dem Finger. „Aber nicht weiter erzählen, Herr Professor! Sie haben ja wohl kein Interesse daran. Augenarzt wollen Sie sein? Na, hören Sie mal —! Ein genialer Tierarzt sind Sie. Sie kommen mir so menschenfreundlich vor.“ Er lachte wie über einen guten Witz.

Meller lachte zwar mit, aber er würgte die Laute nur hervor. Mit rotem Kopfe saß er da, große Unbehaglichkeit, die der grüne Zorn erzeugt hatte, in den Gliedern. Hier schien ihm die Grenze zu sein, wo der Mensch zwischen Vernunft und Wahnsinn schwankte. Entweder piß ein Spottvogel, oder ein krankes Gehirn gebärte alle diese Dinge, die der Weingenuß um so rascher beförderte. Eigentlich fühlte er sich beleidigt, zum mindesten zu einer Aufklärung über seinen wahren Beruf genötigt, denn in solchen Fällen ging sein Temperament mit ihm durch. Aber rasch trank er ein Glas Brunn und kühlte sich ab. Der alte Praktikant in ihm trug den Sieg davon. Solche Reden waren ihm nicht neu, sie kamen immer von dieser Art Kranken, in der sich Vernunft und Wahnsinn auf auffallend mischte. Er wollte nachher doch gleich mit seinem Assistenten ausführlich darüber sprechen, damit man sich seinen großen Ruf behahre und das fürstliche Honorar auch redlich verdiene.

„Kommyer und Greno,“ sagte die blecherne Stimme wieder hinter Silvester, und der lange, bewußte Arm streckte sich aufs neue an der Schulter vorbei und füllte die feingekiffene Sektflasche mit dem köstlich-perlenden süßduftenden Champagner.

Allmählich kam man über die schweren Genüsse zu dem herrlichen Nachsch, wobei der Kommyer die Feuerlohe gab. Silvester begann jetzt erst zu schwelgen, denn beim Champagner öffnete sich ihm der Himmel. Das hatte er nie geleugnet und das würde er auch niemals leugnen. Der eine sah beim Schnaps kein Elshium, und der andere sah es beim Sekt; das war immer so gewesen und würde auch so bleiben.

Die Trinkspruch-Schlacht hatte begonnen, und sobald man sich davon in den Pausen erholte, schwirrte die Unterhaltung aufs neue durch die Reihen. Die frohe Stimmung

wuchs bis zum lauten Lachen, und wo es besonders schwoll, waren die Redeblicken gerade verfliegen. Ueber eine Aufhebung der Zurückhaltung, ein Schgehenlassen nach befriedigtem Magen, ein stilles Verlangen nach endlich Erleben, denn man tafelte nun schon drei lang Stunden. Hitze brütete in den Saale, die Wertschmorken allmählich, und Speijen- und Blumenduft trugen ihr Gemisch in diese Wärme. Und noch immer schwelgen die Geigen der Zigeuner in diesen Trübel hinein, ab nicht mehr so fest und sicher wie zuvor, sondern zerfließen und unsfäter, mehr angepaßt der allgemeinen Unruhe. Die Diener liefen nicht mehr so rasch, sie zeigten sich noch länger und trugen sich schon auf schweren Weinen, denn die Strammheit war gelöst. Die Gesichter waren bleich, die Augen aber gerötet von dem Aufmunterungsschluß stiller Ede.

In der Nähe der Quertafel erhob sich wieder eine dünne Stimme, die man kaum verstand. Ein weltberühmter Gelehrter sprach, dessen Worte immer von Bedeutung waren. Man wollte ihn hören, verließ daher die Plätze und umringte ihn wie ein altes Orakel. Wiederholt klang es von seinen welfen Lippen: „Deutschlands Zukunft...“

„Wissenschaft ist Arbeit, Arbeit muß heute Wissenschaft sein.“ Er sagte eigentlich nichts neues, aber aus Hochachtung vor seinem Namen tat man so als lauschte man andächtig. Viele der Herren hatten sich nur erhoben um die Beine in Bewegung zu setzen, denn allmählich man das lange Sighs überdrüssig geworden. Der unendlich lange Nachsch wurde eigentlich nur noch aus Wille gelassen. Man trank jetzt nur noch Sekt, und obwohl die Rauchgenüsse in den Salons zu erwarten waren, sah man doch schon hier und dort die blauen Rauchwolken der Zigarren aufsteigen. Arge Raucher hatten in die Tasche gefaßt und so die Tafelstürke durchbrochen.

„Der olle Schartekensbeber quasselt wieder ordentlich seinen Stiel zusammen,“ raunte General von Gantenleben der Erzellenz von Knipfel zu, die ihm der Zufall ab Nachbar gegeben hatte. „Weshalb der gute Mann bloß

wurden noch schlimmer, als auch die Frau zu trinken anfangen und sich nach und nach in einer solchen Weise dem Alkoholgebrauch ergab, daß ihr auf amtsgerichtliche Verfügung der Besuch der Wirtschaften in Oberstein verboten wurde. Diese Maßregel übte auf sie vorübergehend eine Besserung aus, doch schon nach wenigen Monaten verfiel sie dem alten Laster, was zur Folge hatte, daß man die Frau für einige Zeit in einer Anstalt unterbringen mußte. Daß angesichts dieser traurigen Familienverhältnisse das Geschäft des Angeklagten keinen Aufschwung nehmen konnte, ist beareiflich. So entschloß sich denn Krimmel, sein Ringgeschäft aufzugeben und anfangs September 1908 nach Forzheim überzusiedeln, wo er bis zum 9. Juli d. J. in der Ringfabrik von Krauth u. Co. in Arbeit stand. Der Angeklagte wurde allgemein als ein fleißiger und zuverlässiger Arbeiter geschilbert und auch seinen persönlichen Eigenschaften stellten verschiedene Personen ein günstiges Zeugnis aus; er war verträglich und stets heiter und überall ein gern gesehener Gesellschafter. In Forzheim begann die Frau des Angeklagten wiederum stark zu trinken und ihre Haushaltung zu vernachlässigen. Sie wurde sehr häufig auf der Straße in betrunkenem Zustande angetroffen, weshalb sich die Polizei wiederholt ihrer annehmen mußte. Sie wurde im Juli 1910, weil sie von ihrer schlimmen Neigung nicht zu befreien war, zunächst für einige Zeit im Forzheimer Krankenhaus untergebracht und von dort dem Frauenerholungsheim vom „Blauen Kreuz“ in Straßburg übergeben. In dieser Anstalt verblieb sie bis zum Januar 1911. Sie war dort fleißig und pünktlich und gab bei ihrer Entlassung das feste Versprechen, mindestens für ein Jahr sich des Alkohols völlig zu enthalten. Diesem Versprechen wurde sie auch in vollem Maße getreulich und in der Zeit dieser Jahresfrist hielt sie auch ihren Hausstand in geordneten Verhältnissen. Nachdem aber das Jahr vorüber war, fiel sie in ihr altes Laster zurück und sie trieb es nun ärger als zuvor, denn Bier, Wein oder Schnaps genügte ihr nicht mehr zur Befriedigung ihrer alkoholischen Bedürfnisse, sie begann nun auch Brennspiritus zu trinken. So kam es, daß diese unglückliche Frau fast täglich betrunken war und daß es infolgedessen zwischen ihr und ihrem Ehemann sehr oft zu Zwistigkeiten kam. Der Mann stellte schließlich beim Bezirksamt den Antrag, seine Frau in die Kreispsychiatrie zu bringen zu lassen. Ein Antrag, dem aber nicht entsprochen werden konnte.

Am Samstag, den 8. Juni, hatte Frau Krimmel in einer Familie Putzarbeiten vorgenommen und dafür eine Vergütung von 50 Pf. erhalten. Nachmittags begegnete sie einem Bekannten, von dem sie sich 1 Mk. ließ und später ihrem Sohne Philipp, den sie um einen kleinen Geldbetrag anging und der ihren Wunsch auch erfüllte. Von diesem Gelde kaufte sich Frau Krimmel Schnaps. Im Laufe des Nachmittags trank sie davon einen Teil und war nun infolgedessen abends bei der Heimkunft ihres Mannes wieder stark betrunken. Das führte wiederum zu Zwistigkeiten, die sich am anderen Tag, nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, erneuerten und heftige Auseinandersetzungen hervorriefen, weil die Frau im Laufe des Vormittags den Rest des am Samstag gekauften Schnapses genossen hatte und sich dadurch wieder in einem Zustande der Betrunkenheit befand. Während der Auseinandersetzungen beschimpfte die Frau ihren Mann mit unflätigen und gewöhnlichen Ausdrücken, sodas derselbe sehr erbittert wurde. Er rief ihr zu: „Du hast wieder geoffen!“ Er forderte seine Frau auf, sich ins Bett zu legen und, als sie dies nicht tun wollte, drückte er sie gegen das Bett. Frau Krimmel hatte ein Messer in der Hand, was der Angeklagte nicht sah, bis er annahm, sie würde es gegen ihn gebrauchen. Er entwand ihr das Messer und begab sich darnach auf den Speiseisch, wo er von einem großen Wasserseil ein Stück abschchnitt. Mit diesem Stricke fehrte er in seine Wohnung zurück und warf ihn dort der Frau, die stark ärmte und schimpfte, um den Hals. Der Frau gelang es jedoch, sich vom Stricke zu befreien. Krimmel schlang ihr sodann zum zweiten Mal den Strick um den Hals und drückte dabei die Frau auf das Bett nieder. Nun sah er die beiden Enden des Strickes und zog diesen so fest zusammen, bis seine Frau zu röheln begann und sich nicht mehr rührte. Als er darnach den Strick losließ, weil inzwischen der bei ihm wohnende Aogelsherr mit einem Bekannten infolge des Schreiens der Frau in das Zimmer gekommen waren, um zu sehen, was vorgefallen sei, war Frau Krimmel bereits tot. Der Angeklagte konnte die ihm zur Last gelegte Tat nicht in Abrede stellen. Er behauptete aber, sich an Einzelheiten nicht mehr erinnern zu können, da er bei jenem Vorfall sehr aufgeregt gewesen sei.

Nachdem Krimmel erkannte, was er angerichtet hatte, begab er sich in die Wohnung seiner in Forzheim verheirateten Schwester, der Frau Schulz, und erklärte dieser, er habe seine Frau tot gemacht. Frau Schulz schenkte dieser Mitteilung anfänglich keinen Glauben, erfuhr aber dann kurze Zeit darauf, daß der Angeklagte die Wahrheit gesprochen hatte. Krimmel erklärte sofort, daß er bereit sei, sich der Polizei zu stellen. Er tat dies auch, indem er sich in Begleitung einiger Bekannten nach der nächsten Polizeiwache begab, wo nach seiner Selbstanzeige seine Verhaftung erfolgte.

Nach dem heutigen Verhandlungsergebnisse wurde von den Geschworenen die Schuldfrage wegen Totschlags bejaht, wie auch mit Rücksicht auf die traurigen Familienverhältnisse des Angeklagten, aus denen diese Katastrophe herausgewachsen war, auch die Frage nach milderen Umständen. Gemäß dieses Wahrspruches wurde der Angeklagte zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

§ Karlsruher, den 5. Juli 1912.

7. Notzuchtsverfahren.

Unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Obertinger gelangte heute die Anklage gegen den 19 Jahre alten Rettenmacher August Karl Schlegel aus Bretten wegen Notzuchtsverfahrens in geheimer Sitzung zur Verhandlung.

Staatsanwalt Dr. Kuenzler vertrat in diesem Falle die Anklagebehörde. Die Verteidigung des Angeklagten war Rechtsanwalt Linkowström übertragen. Die dem Angeklagten zur Last gelegte Straftat verübte dieser am 12. Mai, abends nach 7 Uhr, auf der Landstraße zwischen Wöckbach und Königsbach, an einem Dienstmädchen, das ihm begegnet war. Die heutige Beweisaufnahme ergab die Richtigkeit der Voraussetzungen, welche zur Erhebung der Anklage gegen Schlegel geführt haben. Die Geschworenen bejahten deshalb die an sie gestellte Schuldfrage, aber auch die Frage nach milderen Umständen. Der Schwurgerichtshof erkannte daraufhin gegen den zuletzt in Singen wohnhaften Angeklagten auf 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 6 Wochen Untersuchungshaft.

9. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Berlin.

Durch den Münchener Verbandstag ist den Jahrestellen die moralische Pflicht auferlegt worden, zur Stärkung der Hauptkassen höhere Beiträge zu zahlen.

Es lagen drei Anträge aus Dresden, Leipzig und München vor, die bezwecken, aus der moralischen Pflicht eine statutarische Bestimmung zu machen. Die zur Beratung der zum Statut gestellten Anträge gewählte Kommission hat sich mit diesen Anträgen beschäftigt und berichtet Leopold Berlin über das Resultat. Redner ist der Meinung, daß man diese Einreichung nur dann statutarisch festlegen kann, wenn eine Staffeltung der Jahrestellen nach Erhebung der Lokalbeiträge erfolgt.

Die Debatte hierüber ist eine recht ausgedehnte, wobei die lokalen Verhältnisse weiteste Erwägen erfahren. Die Abstimmung ergab, daß der Verbandstag sich im Prinzip dafür erklärt, daß nach der Höhe der Lokalbeiträge die Ertragsleistungen an die Hauptkassen bemessen werden. — Die Anträge werden der Kommission überwiesen, die dem Verbandstag weitere Vorschläge zur Regelung der Materie unterbreiten soll.

Dann erhält Raumann (Vorstand) das Wort zum Punkt 6 der Tagesordnung: „Die Regelung der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe“. In einer geschäftigen Schilderung der geschichtlichen Entwicklung des Maschinenzeitalters, mit all seinen Greueln an Menschenopfern, begründete Redner die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit. Gleichzeitig schilderte er die Entwicklung der Arbeitszeit in der deutschen Holzindustrie und wie heute, nach vielen Kämpfen, in fast allen ihren Tarifverträgen bereits die Arbeitszeit geregelt sei. Der Neunjundentag ist erreicht, aber in der Reihen der Kollegen macht sich weiteres Bestreben nach Verkürzung der Arbeitszeit bemerkbar. Die Macht des Verbandes muß für die Erringung des Neunjundentages praktisch eingesetzt werden. Der Ertrag seiner Ausführungen ist in nachstehender Resolution niedergelegt:

„Der Verbandstag erklärt nach wie vor die Verkürzung der Arbeitszeit als die wichtigste Aufgabe des Verbandes und betont insbesondere, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die neunstündige Arbeitszeit als die höchstzulässige Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe bezeichnet werden muß, während in den größeren Städten entsprechend ihrer räumlichen Ausdehnung die Arbeitszeit in dem gleichen Verhältnis wie bisher eine beträchtlich kürzere sein muß.“

Zu dem neuerlich wieder von den beiderseitigen Zentralvorständen entworfenen Plan, eine Klasseneinteilung der Städte vorzunehmen und danach die Arbeitszeit generell für die nächsten Jahre festzulegen, erklärt der Verbandstag wiederholt seine Zustimmung und ermächtigt den Vorstand, oeventuell die nötigen Maßnahmen zu treffen.“

An das Referat schloß sich eine ausgedehnte Debatte. Die Diskussionsredner erklärten einmütig ihre grundsätzliche Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten und zu dem vom Vorstand bisher eingeschlagenen und auch künftig zu beachtenden Tarifpolitik. In den Anträgen kamen die verschiedensten Wünsche zum Ausdruck. So soll bei künftigen Tarifabschlüssen besonderer Wert auf die Entlohnung der ungelerten Arbeiter gelegt werden. Ein Antrag Bremen will, daß den Maschinenarbeitern in den Tischlereien nach einjähriger Tätigkeit an den Maschinen der Tariflohn der Tischler bezahlt wird. Dazu betonte noch ein Delegierter, durch die Entwicklung der Technik würden die Tischler immer mehr beiseite gedrückt, darum müsse verlangt werden, daß nur gelernte Arbeiter Maschinen bedienen. Vieles wurde gefordert, daß in die Tarifverträge Bestimmungen aufgenommen werden, wodurch die Unterfertigung von Streikarbeit vermieden wird. Zur Erklärung der bei den Arbeitern an einigen Orten vorgekommenen Disziplinbrüchen, die der Referent scharf beurteilt hatte, betonten einige Redner, diese seien durch die Unternehmer propagiert worden. Ein Hamburger Delegierter wünschte, daß der Arbeitssachverständigenrat im allgemeinen mehr Beachtung bei den Tarifverhandlungen geschenkt wird.

Nach dem Schlußwort des Referenten stimmte der Verbandstag folgenden Anträgen zu:

1. Bei künftigen Vertragsabschlüssen ist die Forderung zu erheben: Etwasige Affordiarie bilden einen Teil des Arbeitsvertrages und sind in der Verklart sichtbar auszuführen.
2. Bei künftigen Tarifabschlüssen besonderen Wert auf die Entlohnung der ungelerten Arbeiter in den Betrieben zu legen, um zu erreichen, daß die Löhne den Wert der gelernten Arbeitskraft nicht verringern.
3. Beim Abschluß von Tarifverträgen für solche Orte oder Firmen, die in größerer Nähe in anderen Orten Arbeit ausführen lassen, ist darauf hinzuwirken, daß der Bedarf an Arbeitskräften am Montagort durch den von unseren Kollegen anerkannten Arbeitsnachweis gedeckt wird.

Dem Vorstand zur Verurteilung überwiesen wurden Anträge, die bejahen, daß bei Lohnbewegungen der großen Städte die Vororte derselben nach Möglichkeit mit einzubeziehen sind. Ferner sollte der Vorstand eine Broschüre herausgeben, welche eine Zusammenstellung der wichtigsten Entscheidungen der beiderseitigen Hauptvorstände sowie der zentralen Schlichtungskommission über Auslegung der Verträge enthält. Die Broschüre ist allen Verbandsfunktionären zuzustellen. Alle wichtigen Entscheidungen der Zentralvorstände über Auslegung der Verträge sollen im Jahresbuch veröffentlicht oder den Ortsverwaltungen zugänglich gemacht werden.

Beschlossen wurde, daß die Jugendlichen bis zum 17. Lebensjahr, gleich wie die weiblichen Mitglieder den 25 Pf. Beitrag zu zahlen haben. — Ein Antrag Leipzig wollte den Vorstand beauftragen, Erhebungen über die Unterfertigungseinrichtungen der Lokalkassen aufzustellen. Durch eine Vorstandsberichterstattung der hohen Unterfertigungskassen in den Jahrestellen gestimmt ist, wird dieser Antrag erledigt. Im weiteren wird der Vorstand ersucht, in der Meistunterfertigung an Stelle der Kilometerberechnung die Tagelöhner der zur Einführung zu bringen. Bis zum nächsten Verbandstage soll der Vorstand eine derartige Vorlage dem Verbandstag unterbreiten.

Weiter wird beschlossen, die Referate Raumanns über „die Regelung der Arbeitszeit im Holzgewerbe“ und Leipzigs über „die Arbeitsvermittlung im Deutschen Holzgewerbe“ als Broschüre drucken zu lassen. Es folgte das Referat Anton Raitz-München über „das Rekrutierungsgebiet des Deutschen Holzarbeiterverbandes“. Eine Resolution, welche gegen die Einschränkungsverfüge des Rekrutierungsgebietes der Holzarbeiter protestiert, fand Annahme.

Beschlossen wird, auch das Referat als Broschüre herauszugeben. Eine Anzahl anderer Anträge verfallen dem Schicksal der Ablehnung oder der Ueberweisung an den Vorstand. Unter anderem werden noch folgende Anträge zur Verurteilung überwiesen:

Der Verbandstag beauftragt den Vorstand mit der Herausgabe einer Agitationschrift für die Werftarbeiter. Das Statut des Verbandes soll möglichst auch in dänischer, französischer und polnischer Sprache herausgegeben werden. Der Vorstand soll Mittel und Wege suchen, um die Kollegen der Holzindustrie durch Anschauungsunterricht über die schädlichen Einflüsse der Arbeitsmethoden und insbesondere über die ungenügenden Arbeitsräume aufzuklären.

Dann wird wiederum die Beratung der Anträge fortgesetzt und folgende Beschlüsse gefaßt:

Der jetzt bestehende § 78 des Statuts, der die Unterfertigung bei Sterbefällen regelt, erhält eine neue Fassung:

„Beim Ableben eines ledigen Mitgliedes, welches Ernteholder von Angehörigen war und mindestens 156 Wochenbeiträge entrichtet hat, kann den betroffenen Angehörigen eine Unterfertigung in Höhe von 25 Mk. gewährt werden.“

Der § 80 des Statuts, der die Umzugsunterstützung festsetzt, erhält ebenfalls eine neue bestimmtere Fassung:

„Die Unterfertigung wird nur dann gezahlt, wenn das Mitglied an dem neuen Wohnort nachweisbar Beschäftigung gefunden hat. Hat der Wechsel des Arbeitsortes schon vor demjenigen des Wohnortes stattgefunden, so darf die Unter-

stützung nur dann gewährt werden, wenn der Zeitraum zwischen dem Arbeits- und Wohnortwechsel nicht über 12 Monate beträgt. Das gleiche gilt auch für den umgekehrten Fall. Derjenige Wechsel (des Arbeitsortes oder des Wohnortes), welcher zuerst erfolgte, ist bestimmend für die im § 80 vorgesehene Karenzzeit und die Höhe der Unterfertigung. Die Unterfertigung muß vor dem Verlassen des Wohn- und Arbeitsortes bei der örtlichen Lokalverwaltung beantragt werden; die Auszahlung erfolgt nach vollzogenem Umzug, d. h. nach dem Wechsel des Wohn- und Arbeitsortes, durch die Lokalverwaltung des neuen Wohnortes. Werden die Umzugskosten vom Arbeitgeber entschädigt, so steht dem Mitglied kein Anspruch auf Unterfertigung zu.“

An Streikunterstützung kann in Zukunft den weiblichen Mitgliedern über 17 Jahren in bestimmten Fällen bis zu 1/2 der für männliche Mitglieder festgesetzten Unterfertigungssätze gewährt werden.

In die Reihe der Lichtbildervorträge im Verband ist auch ein solcher aufzunehmen mit dem Thema: „Die primitiven Handwerkzeuge der früheren Zeit und ihre Entwicklung bis zur Maschine.“

Der nächste Verbandstag soll in zwei Jahren in Dresden abgehalten werden.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, dem nächsten Verbandstage eine Vorlage über eine Unfallversicherung der unbefoldeten Verbandsfunktionäre vorzulegen.

Darauf werden die auf der Konferenz der Maschinenarbeiter beschlossenen Leitfäden, die Vorschläge zur Verbesserung der Unfallgefahren enthalten, von dem Verbandstag sanktioniert.

Im weiteren „protestiert der Verbandstag nachdrücklich gegen die Aufhebung des Regierungsvertreter Ministerialdirektor Dr. Caspar, welcher derselbe in der Reichstagsitzung am 20. März 1912 Ausdruck gab, daß es schwer möglich sei, in der Frage des größeren Schutzes der Zellulosearbeiter geeignete Arbeiter als Sachverständige zu finden, die bei der Beratung der preussischen Zelluloseverordnung hätten hinzugezogen werden können, und in einseitiger Weise nur Arbeiter herangezogen wurden. Der Verbandstag protestiert gegen dieses Vorgehen der preussischen Regierung, da dadurch einseitig nur das Unternehmerinteresse in der Verordnung wahrgenommen wurde.“

Der internationale Holzarbeiterkongress, der im nächsten Jahre in Wien stattfindet, soll von sechs Delegierten besucht werden.

Für die Revisionskommission berichtet Robert Schmidt, der namens der Kommission Entlohnung des Vorstandes beantragt selbige wird einstimmig erteilt. — Im Weiteren berichtet Schmidt über die staatliche Versicherung der Privatbeamten. Die Kommission empfiehlt dem Verbandstag, die Uebernahme der Beiträge für die staatliche Versicherung für alle Verbandsangestellte.

Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Die bisherigen Mitglieder des Hauptvorstandes werden ebenso wie die bisherigen Gaubeamten einstimmig wiedergewählt.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Mit einem kurzen Rückblick auf die Arbeit des Verbandstages, dabei der Mitarbeiter zweier alter Verbands-Veteranen, die schon vor 27 Jahren mit auf der Einigungsversammlung zu Frankfurt zugegen waren, beendete, schließt Leipziger mit herzlichen Worten den Verbandstag, die Delegierten ermahnd, in ihren Jahrestellen für die gefaßten Beschlüsse zu wirken.

Gewerkschaftliches.

Die Tabakarbeiteraussperrung und der Streik nach dem Zuchtshausgefeß. Unter dem Schreien nach verstärktem Schutz für widerprüchlose Unterfertigung kapitalistischer Interessen befindet sich auch die Handelskammer zu Minden i. W. Bekanntlich haben von Mitte Oktober vorigen Jahres bis Mitte Januar dieses Jahres die Tabakarbeiter des westfälisch-lippischen Zigarettenindustriegebietes mit den Unternehmern im Kampf gestanden. Die Arbeiter wurden ausgesperrt, weil die in einigen Betrieben gestellten Forderungen nicht zurückgegeben wurden, wie es der Westfälische Zigarettenfabrikanten-Verband verlangt. Am 10.000 Organisierte hatte man dort aus den Betrieben gejagt. Diesen Kampf beipricht nun die Mindener Handelskammer in ihrem kürzlich erschienenen Bericht und im Anschluß daran heißt es dann:

„Der Ausgang der Bewegung hat wieder einmal den Beweis erbracht, daß die Streikgewerkschaften, ob sie sich freie oder christliche nennen, mit ihrem expressiven Vorgehen gegen die Arbeitgeber durchaus nicht die richtigen Sachwalter der Arbeiter sind. Diese Erkenntnis scheint sich jetzt auch in unserer Arbeiterchaft mehr zu verbreiten, da sie anfängt, sich unabhängig von diesen Streikgewerkschaften zu stellen und sich in vaterländischen Arbeitervereinen zusammenzuschließen, die auf nationalen und wirtschaftlich-friedlichem Wege ihre Interessen wahrnehmen wollen. Angesichts des immer bedrohlicher um sich greifenden Terrorismus der Gewerkschaften halten wir die Genährung eines gesicherten Schutzes für die Arbeitswilligen für unbedingt erforderlich, der nur dann zu erreichen sein wird, wenn das Streikpotenzialen unter gleichzeitiges Verbot gestellt wird.“

Das ist eine starke Leistung! Die Unternehmer sperren die Arbeiter zu Zehntausenden aus und reden nachher von expressivem Vorgehen gegen die Arbeiter. Diese Erkenntnis scheint sich jetzt auch in unserer Arbeiterchaft mehr zu verbreiten, da sie anfängt, sich unabhängig von diesen Streikgewerkschaften zu stellen und sich in vaterländischen Arbeitervereinen zusammenzuschließen, die auf nationalen und wirtschaftlich-friedlichem Wege ihre Interessen wahrnehmen wollen. Angesichts des immer bedrohlicher um sich greifenden Terrorismus der Gewerkschaften halten wir die Genährung eines gesicherten Schutzes für die Arbeitswilligen für unbedingt erforderlich, der nur dann zu erreichen sein wird, wenn das Streikpotenzialen unter gleichzeitiges Verbot gestellt wird.“

In das rechte Licht gerückt wird diese Auslassung noch, wenn man weiß, daß in dem großen Tabakarbeiterkampf rein gar nichts vorgekommen ist, was zu einem solchen Verlangen berechtigt hätte. Trotzdem die Organisierten in großer Zahl in den Betrieben blieben, ist von den Aussperrten in jeder Hinsicht musterhafte Disziplin gehalten worden.

Der Sonditus und Berichterstatter der Mindener Handelskammer ist gleichzeitig Geschäftsführer des Westfälischen Zigarettenfabrikanten-Verbandes und kennt alle Einzelheiten des Tabakarbeiterkampfes. Das genügt wohl zur Kennzeichnung.

Eine Stadterverwaltung leistet Streiferechtheit. In Straßburg i. E. stehen seit 14 Tagen rund 300 Kohlenarbeiter im Streik. Arbeitswillige fanden sich bisher so gut wie keine ein. Da kam den Unternehmern die — Stadt zu Hilfe, die ihre Krane und Kranenführer zum Ausladen des Streikgutes zur Verfügung stellte. Gegen diese einseitige Stellungnahme der Stadterverwaltung protestierte am Dienstag die Straßburger Arbeiterchaft in einer hartbedachten Volksversammlung. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde diese Hilfeleistung scharf verurteilt.

Christliche Koalitionsfreiheit. Die Gemeinde Wien, die bekanntlich ausschließlich von den Christlich-Sozialen verwaltet wird, hat dieser Tage den Betrieb des von ihr ermodenen, Braunflobenwerks Billingsdorf übernommen. Die erste Verwaltungsrat der christlich-sozialen Direktion war nun, die Arbeiter aufzufordern, aus der Union der Verarbeiter Österreichs auszutreten. 37 Arbeiter, die es ablehnten, diesem Verlangen nachzukommen, wurden sofort gefündigt. — Mit dieser Auffassung der Koalitionsfreiheit dürfte sowohl die Berliner als die Wiener Richtung gleichermäßen einverstanden sein.

Seite 4
 in der
 Vereins
 Frauen
 hatten.
 aber an
 Berjam
 Am 12
 in Exp
 hatt.
 nicht; 2
 Aufgab
 des Kre
 freistell
 Delegier
 gaff.
 Kle
 rats i
 ein in
 ab für
 digen
 Arbe
 12 Uhr
 zierung
 ungst
 wurde
 Kreis i
 schärr
 Schwen
 meiter
 Karlstr
 leitung
 seit im
 proder
 a.
 das Re
 lund die
 Schafe
 Die
 fr.
 mit dem
 Standen
 Othen C
 Die Pri
 ansehler
 der Boh
 dungen
 Ap. um
 aus dem
 gefes
 der Pri
 ung für
 setz erbo
 Apothe
 lung e
 jallig
 entlich
 Dem
 foudern
 auch ein
 nur muß
 für Sch
 gebinder
 tracht
 tracht
 zwischen
 Es
 Apothete
 Eine M
 sollte das
 Von
 hier die
 für Sä
 foudern
 welche d
 Säugling
 von Wai
 abendber
 im erlie
 Säugling
 können.
 Krambe
 Die Aus
 genomme
 schäftsf
 das Eru
 jebenm
 gleichen
 die Einf
 punkt be
 monberle
 feit und
 der Mit
 schlossen.
 Durlad
 —
 abend un
 „Dot“. Z
 wenig ge
 ein Jahr
 Referat
 hener Dr
 führunge
 richtete.
 Bei
 Grant un
 Ein Teil
 Teil glau
 im Reich

Aus der Partei.

Gaggenau, 5. Juli. Am nächsten Dienstag, 9. Juli, findet in der „Kolkhalle“ Mitgliederberufung des 10. Wahlbezirks statt. Genossin Vandel, unsere Delegierte zum Freientag in Karlsruhe, wird Bericht über diese Tagung erhalten. Es ist deshalb wünschenswert, daß die Genossinnen, aber auch alle Frauen unserer Arbeiter, vollständig in dieser Berufung erscheinen.

Kommunalpolitik.

Reipensteinbach, 4. Juli. Aus der Gemeinderatsitzung. In der Sitzung vom 27. Juni wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß vom 1. Juli d. J. ab für die Gemeindegewerbesteuer die zehnjährige Arbeitszeit mit Vesperpause die achtstündige Arbeitszeit ohne Vesperpause, von morgens 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 1 bis 5 Uhr, ohne Lohnreduzierung eingeführt wird. — Der erweiterte Wasserleitungsplan an der Kreisstraße nach Untermühlbach wurde der Firma Böhm u. Scholl aus Dallach um den Preis von 1169 Mk. übertragen. — Zu Wildschadenbeschützern wurden Wilhelm Koler, Gemeindevater und Karl Schwenker, Landwirt ernannt. — Dem Herrn Kulturmeister Stöcker, welchem von der Großh. Kulturinspektion Karlsruhe die Leitung über den Bau der hiesigen Wasserleitung übertragen wurde, wurde für seine mühevollen Arbeit im Interesse der hiesigen Gemeinde der Dank ausgesprochen.

Genossenschaftsbewegung.

Die Genossenschaftsapotheken in der Schweiz.

In den letzten Jahren sind nach den heftigsten Kämpfen mit den monopolistischen Privatapotheken, hauptsächlich durch Krankenassen, in Genf, Schaffhausen, Winterthur und andern Orten Genossenschaftsapotheken gegründet worden. Die Privatapotheker suchten die Gründung der Genossenschaftsapotheken dadurch zu hindern, daß sie den Arzneiherstellern den Hofstall andröhren. Da es ihnen nicht gelang, die Gründungen hinauszuhalten, so versuchten sie die Erstgen der Gen.-Ap. unmöglich zu machen, wozu sie anlässlich der Revision des aus dem Jahr 1864 stammenden eidgenössischen Medizinalgesetzes Gelegenheit zu finden hofften. Auch diese Hoffnung der Privatapotheker wurde zu Wasser. Auf Antrag der Regierung fand folgender Passus Anerkennung und wurde zum Gesetz erhoben:

„Jede Apotheke muß unter Leitung eines patentierten Apothekers stehen. Befindet sich die Apotheke unter der Leitung eines Privatapothekers, so haftet der Eigentümer für allenfallsigen Schaden, der aus der Geschäftsführung derselben entsteht.“

Demnach muß der Eigentümer nicht zugleich Apotheker sein, sondern das schweizerische Gesetz erlaubt, daß Jedermann, also auch ein Genossenschaftsmitglied einer Apotheke sein kann; nur muß der Verwalter patentierter Apotheker sein, der aber für Schäden nicht haftbar ist. Damit ist die Bahn für die ungehinderte Entwicklung der Gen.-Ap., soweit der Staat in Betracht kommt, frei gemacht, was jedoch noch heftigere Kämpfe zwischen ihnen und den Privatapotheken nicht ausschließt.

Es sollte das Vorgehen der Schweizer Regierung in der Apothekentage ein Fingerzeig für die badische Regierung sein. Eine Monopolisierung der Apotheken durch die Krankenkassen sollte das Ziel sein.

Soziale Rundschau.

Von der Säuglingsfürsorge. Sonntag nachmittag fand hier die 1. Landesversammlung des badischen Landesauschusses für Säuglingsfürsorge statt. Aus dem Jahresbericht ist besonders die Anstellung einer Wanderlehrerin erwähnenswert, welche die spezielle Aufgabe der persönlichen Propaganda der Säuglingsfürsorge in den Kreisen des Landes durch Errichtung von Mutterberatungsstationen, Veranstaltung von Mutterabenden u. hat. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß die im ersten Jahr erzielten Erfolge des Landesauschusses für Säuglingsfürsorge als recht zufriedenstellend bezeichnet werden können. Es folgte das Referat des Bürgermeisters v. Hollander-Baumheim über Berufsvormundschaft und Säuglingsfürsorge. Die Ausführungen gipfelten in einem später einstimmig angenommenen Antrag, die Landesversammlung solle den geschäftsführenden Ausschuss beauftragen, dem Justizministerium das Ersuchen zu unterbreiten, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf über die Berufsvormundschaft vorzulegen. Zu dem gleichen Thema äußerte sich Prof. Dr. Salge-Freiburg, welcher die Einführung der Berufsvormundschaft vom ärztlichen Standpunkt beleuchtete und unterstützte. Nach dem Bericht der Kreiswanderlehrerin, Oberin Bittermann über ihre bisherige Tätigkeit und die Beratung über die Tätigkeit und die Verwendung der Mittel im Berichtsjahr 1911/12 wurde die Versammlung geschlossen.

Aus dem Lande.

Durlach. — Eine öffentliche Versammlung veranstaltete Donnerstagabend unsere Partei im Gartenlokal des Restaurant „Grüner Hof“. Der Besuch war, trotzdem die jetzige Jahreszeit als wenig geeignet zum Abhalten von Versammlungen erscheint, ein sehr guter, etwa 500 Männer und Frauen waren anwesend. Referent des Abends war Gen. Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Franzmann. In der etwa einstündigen Ausführungen über die bisherige Arbeit des neuen Reichstags berichtete.

Bei den letzten Reichstagswahlen, so führte Gen. Dr. Franzmann aus, seien bei vielen große Hoffnungen erweckt worden. Ein Teil glaubte das Ende des Reichs gekommen, ein anderer Teil glaubte an eine nunmehrige Besserung der Verhältnisse im Reich. Die erste Folge des Wahlausfalls, der der Sozial-

demokratie eine bisher noch nie erreichte Stärke verschaffte, wäre in einem parlamentarisch regierten Lande gewesen, daß der lange Reichstanzler Bethmann-Hollweg sein Bündel hätte schnüren müssen. Bei uns aber sieht ein Minister um so fester, je mehr er das Mißtrauen des Volkes beißt. Bei uns werden eben Minister ernannt und fortgeschickt von einem einzigen Mann, der nicht gelernt und gemohnt ist, seine Entscheidungen von dem Willen des Volkes abhängig zu machen.

Über demnach ist der Ausfall der Wahlen nicht ohne Einfluß geblieben. Das Gesicht des Reichstags ist ein anderes. Die Freikonservativen, deren Führer von Camp Vorlesender der Budgetkommission war und deshalb einen starken Einfluß hatte, sind so zusammengeschmolzen, daß sie nicht einmal mehr im Seniorenbüro eine Vertretung zuerkannt erhielten. Die deutschkonservative Partei ist so geschwächt worden, daß es ihr nicht mehr möglich ist, eine Mehrheit mit dem Zentrum zu bilden. Das Zentrum ist ein guter Rechner und kennt keine Gewissensstrupei. In dem Moment, wo es merkte, daß es mit den Konservativen keine Mehrheit mehr bilden kann, da suchte es bei den andern Anschlägen.

Dieser Ausgang der Wahlen hätte auch in der Besetzung des Präsidiums zum Ausdruck kommen müssen, das gleichsam die Fahne ist, die der Reichstag aufsteckt. Vorher war die Fahne entsprechend der Zusammenziehung schwarz-blau, dieses Mal hätte sie ein starkes rotes Feld aufweisen sollen. Genosse Scheidemann war zwar nur kurze Zeit Vizepräsident. Aber der Augenblick, wo ein früherer Arbeiter, ein Buchdrucker, den Präsidentenstuhl bestiegen hat, muß ein historischer Augenblick bezeichnet werden. Wir waren nicht traurig, als es dann anders kam, denn wir wissen, daß, wo wir einmal den Fuß hingekickt haben, wir wieder hinkommen werden. Diese Dinge, zwei Sekretäre haben wir dieses Mal im Gegensatz zu früher, ebenfalls erhalten, sind wichtig, aber übersehen darf man sie nicht.

Auch in der Art der Arbeit des Reichstags zeigt es sich, daß die Vermittlungen, die wir vor der Wahl gemacht haben, nicht vergebens waren. Redner zeigt nun unter Hinweis auf die Mindestforderungen, die er an den Reichstag am Abend vor der Sitzung in der Festhalle zu Karlsruhe aufgestellt hatte, wie der Reichstag demgegenüber gearbeitet hat. Als ersten Punkt habe er damals die Erweiterung des Interpellationsrechts des Reichstags verlangt. Dem Reichstag war bisher verboten, nach solchen Interpellationen Beschlüsse zu fassen. Das wirkte bisher lächerlich und peinlich. Die Geschäftsbildung wurde noch der Richtung hin abgeändert. Das Zentrum stimmte diesmal, im Gegensatz zu 1907, für diese Abänderung, weil es die Politik verfolgt, da, wo es nichts ändern und verhindern kann, dafür zu stimmen. Nur die Juncker stimmten dagegen.

Eine weitere Forderung, die endlich in Erfüllung gegangen ist, liegt auf dem Gebiete des Strafrechts. Die Mindeststrafen bei rückfälligen Delikten, die in ihrer Härte dem Rechtsempfinden jedes anständigen Menschen ins Gesicht schlagen, sind gemildert worden. Vor den Wahlen vertreten wir auch die Forderung, die Lösung der Soldaten zu erhöhen. Diese Forderung wurde endlich, obgleich sie von der Sozialdemokratie ausging, angenommen; von Oktober ab erhalten die Soldaten statt 22 Bfg. 30 Bfg. Lösung täglich. Es ist gewiß damit nicht viel erreicht, aber man lernt in Deutschland bescheiden sein.

Ein weiteres Symbol der veränderten Zusammenlegung ist die Haltung, die der Reichstag zu den Wünschen der Schaffmachers annahm. Bei den Wahlen spielte die Forderung des freien Arbeitswillens eine große Rolle bei den Schaffmachers. Im Reichstag stimmten einem diesbezüglichen Antrag der Konservativen nur 62 zu. Unter diesen 62 Mann waren neben den Konservativen auch einige Sozialisten, die es liberaler verstanden haben, ihre konservative Bestimmung unter liberaler Flagge zu verbergen. Es war auch der Vertreter dieses Kreises darunter der konservativ-liberale Herr Wittum.

Neben dem Ertrüben, was erreicht worden, besteht aber auch viel Unrechtliches, Nichterreichtes. Da ist zunächst ein Punkt bedauerlich: In den ersten Monaten ist nicht eine einzige Wahlkabine im Interesse der Arbeiter und Privatbeamten durchgeführt worden. Allerdings, wo so viele Tausende jährlich ausgegeben werden für militärische Zwecke, da können sozialpolitische Fragen nicht in Angriff genommen werden. Bei der Beratung der Militärverordnungen, mit denen der Landtag empfangen wurde und deren Begründung ungemein dürftig war, stand die Sozialdemokratie wiederum in einer ehrenvollen Isoliertheit.

Scharf kritisierte Redner Johann die Haltung der Regierung, speziell des Kriegsministers bei Anlaß der Frage, ob Juden zu Reserveoffizieren befördert werden dürfen, bei der Duellfrage und im Falle Dünnell. Etwas Empörenderes wie gerade das Verhalten der Regierung im letzten Falle ist nicht denkbar. Ein junger Mann, der wegen eines geringfügigen Anlasses 5 Mk. Strafe erhält, wird als bescholten erklärt, unwürdig als Einjähriger zu dienen. Menschen aber, wie die Studenten in Bonn, dürfen die empörenden Delikte begehen, sie werden nicht nur Einjährige, sondern auch Reserveoffiziere. Die bürgerlichen Parteien haben sich auch hier wieder mit nichtsagenden Redensarten geduldet. Eine gute Sache kann es nicht sein, die mit so erbärmlichen Mitteln verteidigt wird.

Das deutsche Volk brachte durch die Wahlen zum Ausdruck, daß es keine indirekten Steuern mehr will. Bei der Behauptung verlangten wir, daß die Kosten durch die Erbschaftsteuer gedeckt werden müßten. Als wir erklärten, daß wir für die Erbschaftsteuer zur Deckung der Mehrlagen stimmen würden, da wir doch keine Mehrheit hätten zur Verhinderung derselben, da schlug das bei der Nation ein wie eine Bombe. Die „Kreuzzeitung“ glaubte uns sogar an unsere Grundbesitzer erinnern zu müssen. Die Regierung schlug aber einen andern Weg ein, sie will die Kosten durch Ueberhörsche bestreiten und durch Aufhebung der Ueberhörsche. Die Ueberhörsche wurden aber vor zwei Jahren zur Deckung der Reichsschulden bestimmt. Jetzt geht man mit ihnen nicht Reichsschulden, sondern Reichs-soldaten. Die Aufhebung der Ueberhörsche bedeutet heute etwas anderes wie früher. Wenn wir heute durch die Gesetzgebung eine Bevorzugung aufheben, dann ist die Folge, daß der Spiritus aus dem Betrag der Ueberhörsche den Preis in die Höhe steigert. Man legte sich dann auf eine „Beiführer“ fest, beim Zentrum und den Nationalliberalen legte man aber das Wort Beiführer nach anderer Weise aus, so daß darüber vollkommene Unsicherheit herrscht. Wie die Frage im Späthjahr entschieden wird, Besitz-, Reichsvermögens- oder Erbschaftsteuer, ist ungewiß. Sie hängt ab von der nationalliberalen Partei, die zuerst in einer Art Verfall begriffen ist, rechts stehen die Mittel- und links die Jungliberalen und in der Mitte die Echten Liberalen. (Weiterer.)

Für uns heißt es auch jetzt wieder und fernerhin, gerüstet zu sein. Das deutsche Volk will nicht mehr rüchdeln lassen. Die Nachwahlen haben gezeigt, daß es von den Junkern nichts mehr wissen will. Für die Genossen im 9. Kreis heißt es, arbeiten und rüsten, so rüsten, als ob jeden Tag darüber entschieden werden sollte, ob wieder Wittum in den Reichstag soll. 110 Mann im Reichstag ist noch nicht die Hälfte, wir drängen aber vorwärts und die dritte Klasse drängt und vorwärts. Sie verleiht uns die Macht, die es uns ermöglicht, sie zum Siege zu führen.

Mit lebhaftem Beifall wurde dem Gen. Franzmann dankt. Zum Worte meldete sich trotz wiederholter Aufforderung des Versammlungsleiters, Gen. Kurz, niemand. Mit der Anfor-

derung an die anwesenden Nicht-Parteimitglieder, der Partei beizutreten und den „Volkswort“ zu abonnieren, schloß Gen. Kurz die ausgezeichnete verlaufene Versammlung.

Stittlingen.

Bürgerauswahl. Die Wahl der 3. Wählerklasse ist entschieden. Die Wahlbeteiligung war, wie in Stittlingen üblich, eine flaute. Von annähernd 800 Wahlberechtigten haben 486 bzw. 490 abgestimmt. Es entfielen auf die Sozialdemokratie (für 3 Jahre) 166 Stimmen, das Zentrum erhielt 172, die Fortschrittler 66, die Bürgervereinigungen 86. Die Sozialdemokratie erhält 4, das Zentrum 5, die Fortschrittler 1 und die Bürgervereinigungen 2 Vertreter. Bei der Wahl für 6 Jahre erhielten die Sozialdemokratie 164, das Zentrum 173, die Fortschrittler 66 und die Bürgervereinigungen 92 Stimmen; Mandate also die Sozialdemokratie 4, das Zentrum 5, die Fortschrittler 1 und die Bürgervereinigungen 2. Die Sozialdemokratie hat ihren Besitzstand um 2 vermehrt und blieb nur mit einem Duzend Stimmen hinter dem Zentrum, welches bislang die überwiegende Majorität besaß, zurück. Unsere Erwartungen haben sich erfüllt und man darf als feststehend annehmen, daß bei der nächsten Wahl, nach 3 Jahren, das Zentrum überhaupt keine Majorität mehr bildet.

Während in der 3. Wählerklasse sich erstmals „nur“ 4 Parteien gegenüberstanden, werden es in der 2. Wählerklasse, in welcher sich die Sozialdemokratie ebenfalls beteiligt, deren 5 Parteien sein. Es ist zu erwarten, daß auch hier die Sozialdemokratie einige Mandate erringt.

Wir sind mit dem bisherigen Ergebnis zufrieden und hoffen, daß die geringe Stimmzahl, mit welcher wir hinter dem Zentrum, welches so geschmacklos war, die Wahlen als Agitationsmittel zu denützen, zurückließen, die stämmigen Arbeiterwähler eindringlich an ihre Bürgerpflicht erinnern wird.

Von der sozialdemokratischen Partei sind gewählt die Genossen Eduard Frank, Schreiner; Georg Leppert, Korretor; Josef Stöhrer, Maler; Georg Hausch, Schlosser; Wilhelm Kappeler, Lackierer; Bernh. Schreiber, Zimmermann; Ludw. Glunz, Buchdrucker; Emil Ehrle, Fabrikarbeiter.

Rastatt.

Arbeitergesangverein „Liedesfreiheit“. Am Sonntag, 7. Juli, hält der Arbeitergesangverein „Liedesfreiheit“ im Gasthaus zu den „3 Möhren“ auf der Rheinufer sein diesjähriges Gartenfest ab. Dasselbe ist verbunden mit Preisfischen, Glücksrad und Tanz. Die Parteigenossen, Gewerkschaftsangehörigen sowie Freunde unserer Sache werden höflich erbeten, sich mit ihren Familienangehörigen an dem Gartenfest zahlreich zu beteiligen. Die Teilnehmer versammeln sich um halb 2 Uhr im Vereinslokal zum „Anker“, von wo aus dann mit Musik abmarschiert wird.

Oberkirch, 5. Juli. In dem beachtlichen Oedbach wird seit Donnerstag, 27. Juni, der Straßenmarkt Privat Stum von der Arm vermischt. Bis dato hat man noch keinen Anfallspunkt; über sein Verbleiben, so daß angenommen werden muß, daß ihm ein Unglück zugefallen ist. Der Vermisste litt in letzter Zeit an einer Art Verfolgungswahn.

Die Entwicklung der Gemeindebetriebe in Karlsruhe. *)

Karlsruhe ist bekanntlich eine Fürstengründung aus dem Jahre 1715. Markgraf Karl Wilhelm geriet mit den Bürgern seiner damaligen Hauptstadt Durlach in Differenzen, was ihn veranlaßte, seinen Herrscherstolz zu verlegen und so wurde am 17. Juni genannten Jahres der Grundstein zum Karlsruhe (Großherzogschloß) inmitten ausgedehnter Wäldungen gelegt. Die Wahl des Ortes war nicht günstig. Es war eine sandige Ebene, arm an natürlichen Schätzen und landschaftlichen Reizen, fernab von den Straßen des Verkehrs, ohne Verbindung mit der großen Verkehrsader des Rheinstromes. Es fehlten also alle Vorbedingungen, welche eine wirtschaftlich günstige Entwicklung garantieren. Dazu kam noch ein weiteres Moment: Die entstehende Stadt mußte erst bevölkert werden. Nach Ansiedlung des Straßenjägers zog man vom In- und Auslande Ansiedler herbei, welche mit den nach und nach aus der Umgegend Herbeigezogenen, den Hofbediensteten und den bei den Schloßbauten beschäftigten Arbeitern, die Stadtbevölkerung bildeten. Naturgemäß waren es vorerst nur wenig wohlhabende Elemente, welche sich in der neuen Gemeinde niederließen, daher auch die Einnahmen des Gemeinwehens nur minimal, weshalb das öfteren das Fürstenthaus in den Ventel greifen mußte. Die Stadt war eben ein künstliches Gebilde und mußte demgemäß künstlich ernährt werden. Der mit dem Bevölkerungswachstum immer mehr zunehmende Charakter einer Beamtenstadt, welcher Karlsruhe auch heute noch eigen ist, war der wirtschaftlichen Entwicklung ebenfalls ein Hindernis.

Zu allem Ueberflus fehlte der neuen Stadt auch jede Seemartung. Der Norden war durch herrschaftliche Wäldungen verlegt und im Westen, Süden und Osten lagen in unmittelbarer Nähe die Gemeinden Mühlburg, Beiertheim, Gotsch, Durlach und Rastatt. Auch einen Grundbesitz hatte die Stadt bei ihrer Gründung nicht mitbekommen, erstrebte also jeder Nutzungseinnahme und mußte allen Grundbesitz, auch den für die Anlage öffentlicher Betriebe und Anstalten notwendigen, kaufen. Diese Faktoren in ihrer Zusammenwirkung wirkten für die Wirtschaftsgeschichte der Stadt Karlsruhe die Grundbesitzverhältnisse des Bodenerwerbs, der Begründung besserer Verkehrsbedingungen und Schaffung verbesserter Gemeindebetriebe. Die städtische Gemartung, welche bei der Gründung nur etwa 168 000 Ar betrug, wurde durch mehr als 50 Erweiterungen im Laufe der Jahre zu einem Flächeninhalt von 443 132 Ar gebracht bei einer Einwohnerzahl von 138 448 (1910). Der kommunale Grundbesitz umfaßt zurzeit ein Gebiet von 153 208 Ar. Die verschiedentlich vorgenommenen Eingemeindungen nabegelegener Dörfer, wie Mühlburg, Beiertheim, Mühlburg, Grümwinkel, Rastatt und Durlach, brachten eine erhebliche Vermehrung des kommunalen Grundbesitzes, so Durlach allein 700 ha. Letztere Gemartung war besonders mit Rücksicht auf den Rheinstrom eine Notwendigkeit. Der Gebanke, Karlsruhe auf dem Schiffahrtsweg des Rheins mit der Handelswelt zu verbinden, reicht bis in die sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts zurück. Der Wiesendammmeister und spätere Oberbürgermeister Lauter legte im Jahre 1866 eigene Projekte zur Lösung dieser für Handel und Gewerbe notwendigen Verkehrsbedingung vor und Oberbürgermeister Schneckler konnte am 1. Mai 1910 den Rheinstrom als städtisches Unternehmen eröffnen.

Geno strebte die Stadt, um die Schäden der schlechten Verkehrsverhältnisse zu mindern, nach Herstellung einer Eisenbahnverbindung mit der Pfalz einerseits und Württemberg andererseits. Den Bemühungen des Oberbürgermeisters Rastatt war die Rheinstrom (1861) zu danken, nachdem Ober-

*) Unserer Abhandlung liegt das Werk „Gemeindebetriebe der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe i. B.“ von Dipl.-Ing. Dr. phil. A. Altm., Verlag G. Braun'sche Hofbuchdruckerei Karlsruhe, zu Grunde.

bürgermeister Lauter dem Streben Malchs zu einem glücklichen Gelingen verschaffen konnte. Mit städtischem Kapital wurde in den Jahren 1877—1879 die Kraichgaubahn von Gröningen (Durlach) nach Eppingen erbaut, welche gleich nach ihrer Eröffnung gegen Uebernahme des von Karlsruhe emittierten 4 1/2 %igen Anlehens in Höhe von 12 Millionen Mark vom Staate übernommen wurde. Damit war die Verbindung mit dem württembergischen Haupthandelsplatz und Eisenbahnknotenpunkt Heilbronn geschaffen, die allerdings bis heute noch nicht voll ausgenutzt werden kann, infolge Fehlens beschleunigter Züge. Diese großzügigen kommunalen Unternehmungen entfalteten den Verkehr und wurden dadurch nebenbei noch zu direkten Einnahmequellen. Weitere Aufkäufe privater Betriebe, wie Gas- und Wasserwerk und Straßenbahn und später die Errichtung des städtischen Elektrizitätswerkes, mußten ersehen, was andere Gemeinwesen aus eigenem Grundbesitz und von der aus der allgemeinen Verkehrsentwicklung resultierenden Besteuerungen des Grundbesitzes als Einnahmen zu buchen haben. So läßt sich die Stadt im Laufe der Zeit eine feste finanzielle Grundlage.

Die Magaubahn.

Der Gedanke, eine Verbindung zwischen den beiden parallel laufenden Bahnen, der rechtsrheinischen badischen Staatsbahn und der linksrheinischen pfälzischen Maximiliansbahn, bei Karlsruhe herzustellen, tauchte schon um das Jahr 1860 auf. Nach vergeblichem Petitionieren an Regierung und Landstände bis in das Jahr 1868, beschloß nun die Gemeindebehörde am 16. Juni genannten Jahres, die Magaubahn auf städtische Kosten zu erbauen. Die Staatsbehörde genehmigte den Plan und übernahm den Betrieb gegen entsprechende Vergütung. Wie ängstlich auch damals schon Parlament und Regierung Fragen von volkswirtschaftlicher Bedeutung behandelten, geht aus den Gründen hervor, welche für ihre Zustimmung zum Bahnbau maßgebend waren. Die Begründung des Parlaments, welche die Zustimmung zu dem Projekt begleitete, lautet: „Man wollte eine der größten Gemeinden und die Hauptstadt des Landes nicht hindern, ein Unternehmen zu wagen, von welchem sich dieselbe Vorteil verspricht und bei welchem sie zwar wohl Schäden erleiden kann, jedoch nicht zugrunde gehen wird.“ Die Mannheimer Handelskammer war über das „Schaden leiden“ der Stadt Karlsruhe durch den Bau der Magaubahn offenbar anderer Ansicht. Sie verfaßte die Regierung zur Verweigerung der Baukonzession zu veranlassen, mit der Begründung, daß Mannheim sowohl in der Entwicklung der Rheinschiffahrt bergauf, welche bis nach Magau, dem Endpunkt der zu erbauenden Bahn ausgedehnt werden sollte, als auch in der bedeutenden Verfüzung des Schienenweges für die mittelbadischen Orte nach der Pfalz, welche vorzugsweise Forstheim mit seiner großen Industrie zugute kam, eine starke Beeinträchtigung seines Handels erleiden würde.“ Diese Begründung der Mannheimer Interessentenwünsche hätte der Staatsverwaltung der Nützlichkeit begeben sollen, wenn — es damals nicht gewesen wäre, wie es heute noch ist. Ja sogar so weit ging die Kurzsichtigkeit, daß die Randstädte den Passus des Regierungsgesetzes wußten, welcher die Regierung jederzeit gegen Erlass der Selbstkosten zum Anlauf der Bahn berechnete, irrtümlich. Man wollte schlaue sein. In dem Glauben, daß die Magaubahn sich niemals rentieren werde und die Stadt sich bemühen müßte, dieselbe wieder los zu bekommen, bestimmte man am 6. September 1860: „Ein Anlauf der Bahn von Seiten des Staates kann höchstens um den Schaden Betrag des reinen Ertrages der Bahn, wie sich solcher aus dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre berechnet, stattfinden, insofern der letztere als ein nachhaltiger erachtet.“

Im Sommer 1860 entschied der Bürgerausschuß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Oberdirektion, welcher die Bahnlinie durch das Karlsruher führen wollte, während die Direktion der Verkehrsanstalten die Linienführung durch das Mühlburgertor für zweckmäßiger hielt, dahin, daß er sich letzterem Projekte anschloß. Am 9. Mai 1861 schloß die Stadtgemeinde Karlsruhe mit der Gesellschaft der pfälzischen Maximiliansbahn ein Uebereinkommen ab, worin letztere die Verpflichtung übernahm, die Eisenbahn von Widen in unmittelbarem Anschluß an die bereits erbaute pfälzische Maximiliansbahn bis an den Rhein auszuführen. Es wurden auch Vorkehrungen getroffen, welche später eine direkte Schienenverbindung über den Rhein ermöglichten. Am 5. August 1862 wurde die Karlsruhe-Magau-Bahn dem Betriebe übergeben, ein Jahr später die pfälzisch-Widener und am 8. März 1865 war die Eisenbahnstrecke fertiggestellt. Zu gleicher Zeit war auch der städtische Magauhafen vollendet (vorher erfolgte der Güterumschlag in Leopoldshafen), damit ihnen die Möglichkeit der Güterverkehrssteigerung gegeben und damit auch berechnete Einnahmehoffnungen. Die Anlage der Bahn inkl. Anteil der Kosten für die Eisenbahnstrecke erforderte 1.800.000 M., wodurch die Stadt erstmals sich gezwungen sah, „Anlehenspolitik“ zu treiben, das war im Jahre 1860.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 6. Juli.

Wachtung, Weststadt!

Die Parteigenossen treffen sich morgen Sonntag von 6 Uhr ab im Garten des Restaurant „Jägerhaus“, Scheffelstraße 1. Dasselbst werden die Programme für nächsten Sonntag abgegeben. Der Obmann.

Frauenversammlungen.

Am Donnerstag abend fanden zwei Versammlungen der hiesigen Frauenfektion statt, in welchen über die am 23. Juni abgehaltene badische Frauenkonferenz Bericht erstattet wurde. In der Südstädtischen Versammlung referierte Genossin Fischer. In etwa 45minütigen Ausführungen gab sie ein anschauliches Bild über den Verlauf der Konferenz, wie auch über die bei derselben von der Genossin Zieh und den Delegierten aus den verschiedenen Landesteilen gegebenen Berichte und Anregungen, wie die Agitation unter den uns noch fernstehenden Frauen und die politische Schulung derselben erfolgreich gestaltet werden kann.

An die interessanten Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion, an der sich mehrere Genossinnen und Genossen beteiligten. Sowohl im Referat als in der Diskussion wurde u. a. darauf hingewiesen, daß auch die Arbeiterfrauen auf die Jugendbewegung ein besonderes Augenmerk richten möchten. Besonders sollten sie ihre Kinder nicht in die Pfadfinder- und sonstigen hurrapatriotischen Vereine schicken, wo sie in militärischem Geiste erzogen würden, sondern in die von der freizügigen Arbeiterkassette geschaffenen Institutionen. Mit Empörung wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die hiesige Polizei nach preussischem Muster dazu übergegangen sei, die Arbeiterjugendveranstaltungen als politische zu bezeichnen, um dieselben unmöglich zu machen (was ihr natürlich nicht gelingen wird). D. h. und andererseits zur selben Zeit die Regierung von der Volkswirtschaft im Landtag für Züchtung der hurrapatriotischen Jugendvereine aus den Steuerroschen der Gesamtheit 15.000 M. verlangt, die sie auch von sämtlichen bürgerlichen Parteien bewilligt erhält. Dieses Vorgehen müsse den Arbeiter-

frauen die Augen öffnen, wohin der Kurs gehe und ihnen zur Pflicht machen, sich um das öffentliche Leben zu kümmern und einzutreten in die sozialdemokratische Partei, um mitzuarbeiten, damit diese für die Arbeiterschaft unwürdigen Zustände beseitigt werden.

Mit einem kräftigen Appell an die Genossinnen, die heute gegebenen Anregungen zu beherzigen, überall mitzuarbeiten, die sozialistischen Ideen zu verbreiten, um die noch fernstehenden auf den richtigen Weg zu führen, schloß die Vorlesende Genossin Fischer kurz nach 11 Uhr die Versammlung.

In Mühlburg im „Girch“ erstattete die Delegierte Genossin Bobek den Bericht. Sie führte aus, daß das Referat der Genossin Zieh (Berlin) und die darauffolgende Diskussion hauptsächlich den in der Agitation und Vorbereitung für die Frauenbewegung tätigen Genossinnen zur Instruktion und Belehrung dienen solle. — In der Diskussion wurde in zustimmendem Sinne die Arbeit der Konferenz und der Bericht der Genossin Bobek gutgeheißen, was die Anwesenden mit großem Beifall bezeugten.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hätten beide Versammlungen besser besucht sein dürfen und hoffen wir, daß in Zukunft der Besuch ein besserer wird. — Die Generalversammlung findet voraussichtlich am 1. August statt, worauf heute schon hingewiesen sei.

Der Verein für naturgemäße Lebens- und Heilweise (Naturheilverein) Karlsruhe (e. V.) veranstaltet morgen, Sonntag, 7. Juli, einen Ausflug durch den Mühlnerwald nach Bergshausen. Die Marschzeit beträgt 2 1/2 Stunden. Abmarsch 2.30 Uhr von der Straßenbahnhaltestelle in Durlach. (Näheres siehe Inserat.)

Gaunerstreiche. Zu einem Herrn in der Sofienstraße kam am 1. ds. Mts. ein unbekannter, etwa 17 Jahre alter Bursche und gab ihm vor: er sei von Gärtner G. geschickt, der um ein Darlehen von 40 M. bitten lasse. Da der betr. Herr tags zuvor von dem genannten Gärtner eine Rechnung über mehrere hundert Mark geschickt bekam, die noch nicht bezahlt war, übergab er dem Burschen anstandslos die verlangten 40 Mark. Erst als am nächsten Tage die Rechnung bezahlt und die 40 M. in Weg gebracht wurden, stellte sich der Betrug heraus. — Am 3. ds. Mts. kam ein unbekannter, etwa 28 J. alter Herr zu der Logisgeberin eines Studierenden in der Durlacherstraße und übergab ihr einen gefälschten Zettel, des Inhalts: „Mein Herr Kollege wird einige Bücher von mir mitnehmen, geben Sie bitte den Paletot mit.“ Daburch erschwandte sich der Unbekannte von der Logiswirtin 3 Bücher über Maschinenbau, einen Regenmantel und einen Paletot im Werte von 270 M.

Sittlichkeitsverbrechen. Obgleich in letzter Zeit, infolge mehrerer Sittlichkeitsverbrechen an Kindern, in der Tagespresse darauf hingewiesen wurde, die Kinder, Knaben wie Mädchen, zu warnen, daß sie sich durch keinerlei Verschönerungen fremder Personen verschleppen lassen, wurde am 4. d. M., abends, wiederum ein 11 Jahre altes Mädchen von einem unbekanntem Manne in den Durlacherwald gelockt und dort an ihm ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Das Kind wurde abends kurz nach 7 Uhr von seinen Eltern mit einem Brief weggeschickt, um ihn Ede Krone- und Margaretenstraße in den Briefkasten zu werfen. Schon auf dem Wege zum Briefkasten schloß sich ihm ein unbekannter Mann an und begleitete es bis zum Briefkasten. Als der Brief eingeworfen war, lag er dem Mädchen vor, er habe in Durlacherwalde einen Kofferjochwagen stehen, den er ihm schenken wolle, wenn es mit ihm gehe. Das Mädchen ließ sich dadurch verleiten und ging mit dem Unbekannten in den Durlacherwald, bis in die Nähe des städt. Wasserwerks, wo er unter Androhung, er werde es tot, wenn es schreie, ein schweres Sittlichkeitsverbrechen an dem Kinde verübte. Als das Kind von der Besorgung des Briefes nicht mehr nach Hause kam, wurde es abends 10 Uhr, nachdem es die Angehörigen vergeblich gesucht hatten, bei der Polizei als vermißt angemeldet. Nachts 2 Uhr wurde dann das Mädchen von zwei Männern, die es auf seinem Heimwege begegneten, seinen Eltern zugeführt. Das Kind ist so zugerichtet, daß es kaum mehr gehen kann. Der Täter ist etwa 22—30 Jahre alt, mittelgroß, schlant, hat dunkles Haar, blondes Schnurrbartchen, trug dunkelgraue Jacke, braune Socken, Kanonenschießel und graue, schwarzgepunktete Stoffhose. Der Mann stottert stark und bekommt beim Sprechen, infolge der Anstrengung, welche ihm das Sprechen verursacht, ein gerötetes Gesicht. Bis jetzt ist es nicht gelungen, trotz den eingehendsten Fahndungen, den Täter festzunehmen. Im Interesse der Kinder dürfte es sich empfehlen, sie von Zeit zu Zeit auf die Gefahren, welche ihnen von Seiten fremder Männer drohen können, aufmerksam zu machen.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Kinderfest des „Vorwärts“. Morgen findet das von hundert freudigen Herzen erwartete Kinderfest statt, vorausgesetzt, daß die Bitterung anhält, was den „Vorwärtslern“ sehr zu gönnen wäre. Die Aufstellung des Kinderfestzuges erfolgt halb 2 Uhr beim „Lüoli“ und wird p u n k t 2 U h r seinen Abmarsch durch die Straßen der Südstadt, nach dem schönen schattigen Festplatz im Durlacher Wald (5 Minuten vom Wasserwerk) nehmen. Seit Wochen wird von fleißigen Frauenhänden für Ausschmückung des Festzuges gearbeitet, die Kommission hatte vollauf zu tun, um all den ihr vorgelegten Wünschen gerecht zu werden. Ein freudiges, buntes Treiben wird sich auf dem Festplatz, wo zahlreiche Kinderpiele aufgeführt werden, entwickeln. Jedes Kind wird, je nach seiner Geschicklichkeit, ein Geschenk erhalten. Kinderhörte, Kinderreigen, ausgeschmückt mit Blumengebirgen, werden die Herzen der Teilnehmer erfreuen. Alles in allem, es wird ein Fest der Freude, ein Fest der Kinder werden. Die Lösung sei morgen: „Auf zum Kinderfest des Vorwärts!“

Stadtpark. Sonntag, den 7. Juli, findet außer dem planmäßigen Konzert der Artillerie-Kapelle Nr. 50 um 4 Uhr nachmittags bei günstiger Witterung abends 8 Uhr noch ein Konzert mit großer festlicher Beleuchtung des Gartens und des Sees durch Lampen, Kämpchen und bengalisches Feuer etc. statt. Das Musik-Programm der Artillerie-Kapelle Nr. 50 weist eine Reihe außerordentlicher Stücke auf. Die Veranstaltung bietet den Besuchern einige genutzte Stunden und verspricht zahlreich besucht zu werden, umso mehr, als für das Nachmittagskonzert und für das Festkonzert am Abend nur ein einmaliges Eintrittsgeld erhoben wird, so daß die Besucher des Nachmittagskonzerts ohne nochmalige Zahlung von Musikgeld auch zum Festkonzert am Abend mit festlicher Beleuchtung im Stadtpark verbleiben können.

Die Karlsruher Familienrentenkasse veranstaltet am morgigen Sonntag, nachmittags 3 Uhr beginnend, ihr übliches Gartenfest im schönen und schattigen Garten zum „Felsenbad“ u. v. a. Dieser Veranstaltung werden die verehrten Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlich eingeladen. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Karlsruhe im Dunkeln. Die große Ausstattungsrevue in 3 Bildern, die die Turngesellschaft Karlsruhe letzten Sonntag unter so großem Beifall vorführte, findet morgen abend im „Kolloseumssaal“ eine Wiederholung. Der Reinertrag wird den Karlsruher Ferienkolonien zugeführt werden. Der Eintrittspreis beträgt nur 30 und 50 Pfg., jedoch es jedermann möglich sein wird, sich „Karlsruhe im Dunkeln“ anzusehen. An

Anbetracht des guten Zweckes ist der Turngesellschaft um so mehr ein volles Haus zu wünschen.

Gastspiel Alois Grohmann. In der am Mittwoch, 10. Juli, im „Kolloseum“ stattfindenden Aufführung ist, wie bereits angekündigt, zwischen beiden Theaterstücken ein „Bunter Teil“ eingefügt und wirkt außer Herrn Grohmann noch der Tenor Herr Paul Wittmann mit. Herr Wittmann wird das „Benetianische Gondellied“ von Mendelssohn und „Wanderlied“ von Schumann singen. Herr Grohmann bringt als Humorist und Coupletfänger ein ganz neues Programm für Karlsruhe. Der Anfang ist erst auf 8 1/2 Uhr abends festgesetzt, um jedem den Besuch dieser Veranstaltung zu ermöglichen.

Kaiserpanorama. Der jetzige Plus, die Kronbringerreise nach Indien, bietet außerordentlich viel interessantes und sehenswertes. Venares und Callutta mit ihren angehenden Bauten, die Ganges-Gegend mit den Sitten und Gebräuchen der dort hin wandernden Pilger, welche weit her kommen, dort in dem heiligen Flusse Ganges und Seligkeit suchen, dies alles bietet sich dem Zuschauer in greifbarer Wirklichkeit dar. Ein Baumwerk von besonderer Art, das prunkvollste der Welt, der Jaintempel, dürfte der schönste Bau sein, den je menschliche Hand und Kunstsinne geschaffen hat. Die Fernblicke auf den Himalaya über Nebelmeer hinweg, bieten einen äußerst fesselnden Anblick. Für Sportfreunde ist das Bergereisen in Callutta besondere Anziehungskraft aus. Mit dieser außerordentlich sehenswerten Ausstellung schließt das Kaiserpanorama bis inkl. 12. Juli seine Saison ab.

Luftschifffahrt und Flugsport.

Fliegerabsturz.

London, 5. Juli. Zwei Militärflieger der Armeeschule, die in der Nähe von Stonehenge, Hauptmann Loraine und ein Passagier, ein Feldwebel, stürzten heute bei einem Aeroplanflug in der Nähe von Stonehenge ab. Beide erlitten ihren Verletzungen nach kurzer Zeit.

Neues vom Tage.

Unglücklicher Schuß.

Stuttgart, 5. Juli. Im fürstlich waldenburgischen Schloß Zell ist der Forstwart Angeler beim Beiseigen eines Jagdwagens durch plötzliche Entladung des Doppelgewehrs seines Gehilfen von zwei Schüssen in den Unterleib auf der Stelle getötet worden.

Kugelfischfall.

Ludwigsburg, 5. Juli. In Weimingen bei Ludwigsburg hat sich gestern ein entsetzliches Unglück ereignet. Dort kam ein Monteur des Elektrizitätswerkes in Verbindung mit der Starkstromleitung und wurde getötet. Als der Inspektor des Werkes die Leiche anfaßte, um sie von der Leitung zu entfernen, wurde er ebenfalls getötet. Ein Diener, der ihm zu Hilfe kommen wollte, erlitt schwere Brandwunden.

In Sachen Jürges Brandwunden.

Frankfurt a. M., 5. Juli. Das Verhalten des Zirkus W. Schumann gegenüber der Redaktion der „Volksstimme“ beschäftigt gestern den hiesigen Journalisten- und Schriftsteller-Verein. Die einmütige Auffassung ging dahin, daß es sich um eine, die ganze Presse angehende Angelegenheit handle, die eine entschiedene Stellungnahme erfordere. In einer Resolution erachtet es der Verein um der Würde der Presse willen für geboten, da der Zirkus Schumann bisher eine Rechtfertigung seines Vorgehens unterlassen hat, daß die Presse auch weiterhin von einer Berichterstattung über den Zirkus Schumann Abstand nimmt und beschließt zugleich, den Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse über die Angelegenheit zu unterrichten und ihn zu ersuchen, eine allgemeine Stellungnahme des Gesamtverbandes herbeizuführen.

Spiionage-Prozess.

Leipzig, 5. Juli. Das Reichsgericht beurteilte den amerikanischen Staatsangehörigen Leopold Eilers wegen verurteilten Verrats militärischer Geheimnisse in 4 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust. Die mitangeklagte Kellnerin Olga Linl wegen unterlassener Anzeige nach § 9 des Spionage-Gesetzes zu 6 Monaten Gefängnis, die durch die Unterjüngerschaft als verübt angesehen werden. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Arrest über Ohrfeige?

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Pfalzburg gemeldet: „Der fährlich Jenz übte dort mit einer Abteilung auf dem Kaiserhofe, wobei sich der Infanterist Lechner ungebührlich benommen haben soll. Der fährlich stellte an den Mann die Frage: „Was ist dir lieber, 21 Tage strengen Arrest oder eine Ohrfeige?“ Der Mann erwiderte: „Eine Ohrfeige“, worauf ihm der fährlich eine schallende Ohrfeige verjetzte. Der Infanterist mußte sich sofort frant melden und wurde in das Lazarett aufgenommen. Die Ärzte stellten einen Bruch des Trommelfells fest.“ Der fährlich kann es nach solchem Schneid sicher noch weit bringen.

Französische Deserteure.

Metz, 6. Juli. Drei französische Deserteure vom 5. Husaren-Regiment haben gestern in voller Uniform die Grenze überschritten; sie wurden nach Luxemburg abgeschoben.

Ein alter Sinder.

Bonn, 5. Juli. Die Strafkammer beurteilte den 64-jährigen Laternenwärter Genske wegen Sittlichkeitsverbrechen, die er an sechs minderjährigen Mädchen verübt hat, zu 6 Jahren Zuchthaus.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Dortmund, 5. Juli. Auf dem Hochofenwerk „Phönix“ in Hörde erfolgte heute abend eine Kesselexplosion, durch die 7 Arbeiter getötet sein sollen. Einzelheiten fehlen noch.

Zusammenbruch einer Darlehenskasse.

Bern, 5. Juli. Der Verwalter der kommunal-Leihkassen-Gesellschaft, namens Schildknecht, die etwa 3 Millionen Frank's Verluste aufweist, wurde verhaftet, ebenso der Buchhalter Brühweiler und der Bankkommissar Elver. Der Reservefonds der Leihkasse beträgt nur 800.000 Frank's. Aktienkapital ist nicht vorhanden.

Schweres Eisenbahnunglück.

Latrobe, 6. Juli. In der Nähe von Ligenier fuhr ein Güterzug der Ligenier-Balven-Eisenbahn auf einen Personenzug auf. 18 Personen wurden getötet und alle übrigen bis auf einen verletzt, unter ihnen mehrere schwer.

Die verhängnisvolle Zigarre.

Auf der Eisenbahnstrecke Debrechin-Raghfarold wurde dem Kaufmann Mendel von einem Mitreisenden eine Zigarre angeboten. Nach Genuß derselben verlor er das Bewußtsein. Als er erwachte, war ihm seine Brieftasche mit 20.000 Kronen gestohlen.

Wasserstand des Rheins.

6. Juli. Schusterinsel 2.93 m, gef. 12 cm, Reih I 3.59 m gef. 4 cm, Marau 5.26 m, gef. 3 cm, Manußeim 4.59 m, gef. 2 cm.

Letzte Nachrichten.

Am die Münchener Gesandtschaft.

Karlsruhe, 5. Juli. Die gemeinschaftliche Sitzung der beiden Budgetkommissionen der ersten und zweiten Kammer zur Beratung über die von der zweiten Kammer abgelehnte Position für die badische Gesandtschaft in München findet kommenden Mittwoch nachmittag statt. (Hier wird sich dann zeigen, ob die badischen National-Liberalen wirklich Rückgrat besitzen oder nach „altbewährter“ national-liberaler Taktik umfallen. D. Red.)

Majestätsbeleidigung.

Saargemünd, 5. Juli. Der Fabrikbeamte Schab ist gestern von der hiesigen Strafkammer wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Gepanzertes Auto.

Crefeld, 5. Juli. Das Stahlwerk Veder in Billig-Crefeld hat dem Kaiser 25 000 Mk. für ein gepanzertes Auto als Geschenk für die Armee angeboten. Der Kaiser hat das Geschenk angenommen und dem Werk durch den Kriegsminister seinen Dank sagen lassen. (Bei der gegenwärtigen Rüstungsraerei dürften sich derartige „Geschenke“, die durch entsprechende Seereslieferungen rasch wieder weitergemacht werden, wohl rentieren. D. Red.)

Presseprozess.

Essen, 5. Juli. In der Privatklage des von Wolffs Telegraphenbüro gegen den Redakteur W. Neumann von der „Essener Arbeiterzeitung“, hat das Schöffengericht Neumann wegen öffentlicher Beleidigung und übler Nachrede zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Die Metallarbeitersperrung.

Hannover, 5. Juli. Die Streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter haben, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, gestern und heute in vier Versammlungen zu dem erneuten Angebot der Arbeitgeber Stellung genommen. In geheimer Abstimmung wurde dieses Angebot mit 4861 gegen 768 Stimmen abgelehnt. Die christlichen Gewerkschaften, die nur einen geringen Prozentsatz der hiesigen Metallarbeiter ausmachen, haben das Angebot der Arbeitgeber angenommen und die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Die neuen Bedingungen der Arbeitgeber gewähren eine wöchentliche Arbeitszeit von 57 Stunden und 3 Pf. Stundenlohn-Zulage. Für die Verkürzung der Arbeitszeit kommen 1,8 Pf. in Abzug, jedoch also tatsächlich nur eine Lohnerhöhung von 1,2 Pf. in Betracht kommen.

Der französische Seemannstreik.

Havre, 5. Juli. Die hiesigen Hafenarbeiter haben sich nunmehr ebenfalls der Ausstandsbevegung angeschlossen. Ein Trupp Ausständiger versuchte gestern, auf einem im Hafen liegenden Dampfer zu dringen, der nach Caen abfahren wollte. Ein starkes Polizeiaufgebot stellte sich ihnen jedoch entgegen und warf sie zurück. Es kam zu einem blutigen Handgemenge, wobei mehrere Streikende verletzt wurden. Der Polizei gelang es schließlich, die Ruhe wieder herzustellen.

Marseille, 5. Juli. Ein erster Zwischenfall ereignete sich bei der Kompagnie Nixte, deren Schiffs-Offiziere sich der Ausstandsbevegung angeschlossen. 70 Offiziere verließen das Schiff und begaben sich an Land. Auch die Maschinen-Offiziere erklärten sich nach dieser Demonstration ihrer Kollegen mit den Streikenden solidarisch.

Desertierende Soldaten.

Innsbruck, 5. Juli. Die italienische Artillerie hält seit mehreren Tagen dicht an der Tiroler Grenze Lebewagen ab. In kurzen Zwischenräumen desertierten mehrere Artilleristen nach Tirol hinüber. Deshalb ließ der Truppen-Kommandant die Grenze durch einen langen Posten-Kordon bewachen. Trotzdem desertierten vier Mann auf beschwerlichem Gebirgspfade auf Tiroler Gebiet. Schlechte Behandlung und die Furcht vor dem Tripolis-Feldzug sind die Gründe ihrer Flucht.

Ein neuer päpstlicher Erlass.

Rom, 5. Juli. Wie verlautet, soll demnächst ein päpstlicher Erlass erfolgen, der die Einschränkung der Zahl der Nonnen-Vereinigungen verfügt.

Albanesen-Aufstand.

Saloniki, 5. Juli. Die Führer der Albanesen-Bewegung beschlossen in einer Versammlung, den Kampf gegen die jungtürkische Partei und gegen das Ministerium des Innern mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln fortzusetzen und auf der Durchführung der albanesischen Forderungen weiterhin zu bestehen.

Neue Nachrichten aus Monastir bestätigen, daß die Menterer in der Gegend von Argirocastro eingetroffen sind. Ihre Zahl soll stark zugenommen haben. Die Bevölkerung verproviantiert sie reichlich. Leutnant Salib Effendi aus Monastir verübte Selbstmord. Der Aufstand breitet sich weiter aus.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich morgen früh 6 Uhr bei den Vorarbeiten zum Kinderfest zahlreich zu beteiligen. Zusammenkunft im Vereinslokal. 447

Karlsruhe. (Vassalla.) Diejenigen unserer passiven Mitglieder, die den Vereinsausflug am 21. Juli ins Moosbühl nach Moosbromm mitzumachen wünschen, werden gebeten, sich in die Liste, die im „Auerhahn“ aufhängt, einzutragen. Morgen Sonntag mittags 4 Uhr Beteiligung der Mitglieder beim Kinderfest des Vorwärts. 441

Karlsruhe. (Arbeiter-Radfahrer-Verein.) Heute Samstag abend 7/9 Uhr Versammlung im Lokal zur Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag eines Sportkollegen. Wir ersuchen um zahlreiche Beteiligung. Der Ausfüh. Morgen Sonntag vollständige Beteiligung am Festzug des Gesangsvereins Vorwärts. 444

Karlsruhe. (Gesangsverein Gleichheit.) Sonntag, 7. Juli, Gartenfest im „Lokal“. Beginn punkt 4 Uhr. Bei ungünstiger Witterung findet das Preisfest am 11. Juli statt. Beginn Samstag abend 8, Sonntag morgen 11 Uhr Fortsetzung. Weingarten. (Soz. Verein.) Samstag, 6. ds. Mts., Versammlung im Lokal. Mitgliedsbücher sind zwecks Kontrolle mitzubringen. 435

Bruchsal. Wir machen die Brudervereine des 3. Bezirks nochmals auf das am 7. Juli stattfindende Gartenfest des Arbeiter-Radfahrer-Vereins aufmerksam. Aufstellung des Festzuges punkt 2 Uhr vom Lokal zur „Falz“. Abendball im „Prinz Max“. 390.2 Der Festausflug. Oberkirch. (Arbeiter-Kurberein Freiheit.) Samstag, 6. ds. Monatsversammlung im Gasthaus zum „Bären“. 438

Geschäftliches.

Die besten Suppen

erhalten Sie aus

- MAGGI's Nudel-Suppe (Zabunddelu)
- Erbs mit Schinken-
- Rumford- 431
- Grünkern-
- Königin-
- Lapioha-
- Sternchen-Suppe

u. v. (Mehr als 35-Sorten).

Alein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.

en gros Julius Strauß, Karlsruhe en détail
10% Skonto oder doppelte Rabattmarken
gewähre bis auf weiteres auf sämtliche 188
Mode-Artikel.
Einige Serien sind bis 50% im Preise reduziert.

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Morgen Sonntag:
Fahnenweihe in Pforz.
Abfahrt 5 1/2 Uhr, Mühlburger Tor 12. Zusammenkunft 1/4 St. früher. Vollständige Beteiligung der Aktiven erwartet. Die event. nicht teilnehmenden Passiven und Angehörigen wollen sich beim „Vorwärts-Kinderfest“ einfinden. 448
Der Turnrat.

Stadtgarten-Theater.

Direktion: G. Hagin.
7. Vorstellung.
Samstag den 6. Juli 1912, abends 8 Uhr
Rebität! Zum 1. Male. Rebität!

Zigenerliebe.

Romantische Operette in 3 Akten von Willner und Bodanski. Musik von Franz Lehár. Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.

Fahrrad. Sportwagen mit Kinderstuhl, alles gut erhalten zu verkaufen. 439
Gewissstr. 21, 3. Stod rechts.

Damastrette

Ein Posten angestaubte
in weiss u. bunt, 130 cm breit per Meter —.70, —.90, 1.10, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50
sonstiger Preis 1.25 bis 3.—
Nur solange Vorrat reicht!
Lagerbesuch sehr lohnend!
Kein Kaufzwang!

Arthur Baer

Kaiserstr. 133, 1 Tr. hoch
Eingang Kreuzstrasse
bei der kleinen Kirche.
Rüchenschäft gebraucht, sehr gut erhalten, ist zu verkaufen.
Schützenstraße 7, 4. St. rechts.

Metropol-Theater.

Schillerstr. 22 Ecke Goethestrasse.

Entehrt.

Die Geschichte eines jungen Mädchens. 438
Dieser Film ist aus dem Leben gegriffen. Das namenlose Unglück, welches elegante Mädchenjäger überso viele Familien schon gebracht haben, wird hier in dezentester Weise zum Ausdruck gebracht und deshalb besitzt gerade dieser Film eine tiefe Moral, die nur gutes stiften kann.

Wilh. Eckert.

Uhrmacher, Marienstr. 20, nebst dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in Taschen- u. Wanduhren. Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar h. Nr. 12-27. Weizen u. Zwicker
Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 18
Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 35.

Fieg-u. Sitwagen.

gut erhalten, ist billig zu verkaufen.
Winterstr. 17, 3. St. r.
Morgenstr. 6, 3. St. l. ist ein möbl. Zimmer, auf die Straße abgeben, zu vermieten.

Karlsruher Familien-Frankenkasse.

Zu dem am Sonntag den 7. Juli, nachm. 3 Uhr im Garten des „Felsenad“ (Kriegstraße) stattfindenden **Gartenfest** verbunden mit Konzert, Glühwein u. Tanz, laden wir unsere verehrl. Mitglieder, sowie Freunde u. Gönner des Vereins herzlich ein.
Der Vorstand.

Residenz-Theater

Waldstrasse 30. 442
Anlässlich des Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit des Grossherzogs.
Fest-Spielplan
während der Zeit von Samstag, 6. bis inkl. Dienstag, 9. Juli ununterbrochen von nachmittags bis abends 11 Uhr.
Der verhängnisvolle Schuss. Drama. Seidenraupenzucht. Industrieaufnahme. Ausführliche Beschreibung auf dem Programm.
Rodeln-Duett. Tonbild.
Ein neues Patent. Die bewegliche Badewanne. Humor.
Heisse Quellen von Neu-Seeland. Naturaufnahme.

Der Teufel als Zugführer

Der Teufel hat sich der Maschine bemächtigt und fährt den D-Zug mit rasender Geschwindigkeit über Berg und Tal sowie über den Meeresgrund.

Shamus O' Boien, ein irischer Held

Aus dem Kriegsjahr 1798.

Wirtschafts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum zeige ich hiermit an, daß ich unter Heutigem die

Wirtschaft z. Alten Fritz

Wilhelmstraße 13
früher „Spanische Weinhalle“, übernommen habe. Ich werde stets bestrebt sein, durch vorzügliche Kasse und warme Speisen, ff. Montinger helles, Kaiser- und dunkles Lager-Bier, in- und ausländische Weine
(„Spezial-Anschank Spanischer Weine“) mit die Zufriedenheit meiner werthen Gäste zu erwerben und bitte um zahlreichen Zuspruch
Gochachtungsvoll
Karl Ritter.

Nur 4 Tage.

Ja beim Walzerschritt!
Neuestes aus aller Welt!
Das fatale Goldstück!
Der kranke Lemke!

Der gute Kamerad

Eine Wanderburschengeschichte in 2 Akten.
Eine Hunde-Meute!
Eigene Aufnahme. Sehr sehenswert.
Der Gefangene
Episode aus der Geschichte Englands.

Weltkinematograph Kaiserstr. 133

NB, Sonntags von 11-1 Uhr halbe Preise.

Bekanntmachung.

Die amtliche Behandlung der Fundfachen betr.
In den Geschäftsräumen der städtischen Spar- und Wand-leihkasse (Karl-Friedrichstraße Nr. 8), in verschiedenen Räumen des Rathhauses und in der Volkshalle, Jähringerstraße Nr. 100, wurden im Laufe des zweiten Vierteljahres 1912 aufgefunden: Regenfrörmchen, ein Spargelstock, ein goldener Ring, ein Kinderarmband, ein Lebersteiner, ein Gut. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, ihre Rechte an den erwähnten Sachen binnen 3 Wochen beim städtischen Hauptverretariat, Rathaus 2. Stod, Zimmer Nr. 41, anzumelden, widrigenfalls das in § 979 U.S.G. bezeichnete Verfahren durchgeführt wird.
Karlsruhe, den 3. Juli 1912.
Das Bürgermeisterrat:
Dr. Klein schmidt.
435
Reubed.

Arbeits-Bergebung.

Zur Erweiterung des Schulhauses im Vorort Rintheim sind nachstehend verzeichnete Arbeiten zu vergeben:
Grab- und Maurerarbeit, Granitarbeit, Steinhauerarbeit (Kotes Material), Eisenbetonarbeit, Zimmerarbeit, Blechenerarbeit.
Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städtischen Hochbauamt, Zimmer 114, abgeholt und eingesehen werden. Dasselbst sind auch die Angebote bis Freitag, den 12. Juli 1912, nachmittags 4 Uhr, mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen.
Karlsruhe, den 5. Juli 1912.
Stadt-Hochbauamt.

Bekanntmachung.

Fundfachen in den städtischen Volksschulen betr.
Schule in Grünwinkel: Eine Stoffmütze. Obgenannte Stoffmütze kann von ihrem Eigentümer auf dem Gemeindevetretariat in Grünwinkel in der Zeit vom 6.-27. Juli ds. J. abgeholt werden.
Karlsruhe, den 4. Juli 1912.
Das Volksschulverretariat:
S. B.
Fr. Weier, Oberverretar.

Gesangverein Badenia e. V.

Am Sonntag, den 14. ds. Mts., findet im „Kühlen Krug“ unser diesjähriges

Kinder- und Familienfest

statt, bestehend aus Kinderfestzug, Kinderspiele, Karussell, Kinderpreisschießen, Ringwerfen, Damen- und Herren-Preisspiele, Gesangsvorträge, Musik und Tanz.

Der Kinderfestzug stellt sich pünktlich 2 Uhr im Hofe Luisenstraße Nr. 24 auf und werden die verehrl. Mitglieder höflich gebeten, durch Herstellen von Blumengewinden, geschmückte Wagen und dergleichen zum Gelingen dieses Kinderfesttages gütigst beitragen zu wollen. Bei ungünstiger Witterung fällt der Kinderfestzug aus und beginnt die Veranstaltung um halb 4 Uhr im großen Saale des „Kühlen Krug“.

Indem wir die verehrl. Mitglieder zu dieser Veranstaltung mit ihrer Familie höflich einladen, bemerken wir, daß beim Eingang die Mitgliedskarte unbedingt vorzuzeigen ist und Nichtmitglieder pro Person 20 Pfg. Eintritt zu bezahlen haben.

Der Vorstand.

Männer-Gesang-Verein „Germania“

Samstag den 6. Juli, abends 7/9 Uhr, in der „Walhalla“

Sommer-Fest

mit Musik, Gesang und Vorträgen. Samstag u. Sonntag großes Preisspiel.

Zu reger Beteiligung ladet höflich ein

Der Vorstand.



Zur Einmachzeit!

Hut-Zucker

am ganz 25 1/2 Pfg.

bei 4 Gut 25 1/4 Pfg.

Pfund 27 Pfg.

Crystall

Pfund 25 Pfg.

Zentner 24.75

Orig.-Ead 49.—

Randiszucker

Pfund 38 Pfg.

bei 3 Pfd. 36 Pfd.

Säml. Gewürze

in frischer Ware

Salizyl.

Würfel-Zucker

netto 5 Pfund-Paket 1.38.

Besonders empfohlen: 450

Monopol-Einmachessig

Pasteurisiert. — Reimfrei.

Nur verschlossen in Flaschen von 1 Liter und Korbfaschen von 5 Liter an.

Preis per Liter 30

— Einmachanweisungen gratis. —



G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen

Fest-Ordnung

zur Feier des Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Friedrich II.

Dienstag, den 9. Juli 1912.

Sonntag, den 7. Juli ds. Js., nachmittags 3 Uhr: Festgessen der Schützengesellschaft mit anschließendem Bankett im Schützenhaus.

Abends 8 Uhr: (bei günstiger Witterung) Festkonzert im Stadtpark mit festlicher Beleuchtung des Gartens und des Sees.

Montag, den 8. Juli ds. Js., abends 8 1/2 Uhr: Festbankett der Bürgerchaft im großen Festsaal.

Abends 8 Uhr: Zapfenstreich der Garnison vom Kaiserdenkmal aus durch die Kaiser- und Karl-Friedrichstraße, anschließend Musikaufführungen auf dem Schloßplatz.

Dienstag, den 9. Juli ds. Js., (Festtag): Besichtigung der Stadt.

Morgens 6 1/2 Uhr: Beden von der Kaserne des Leibgrenadier-Regiments aus.

Morgens 6 1/2 Uhr: Festgeläute. Abgabe von 101 Kanonenschüssen auf dem Lauterberg durch die Freiwillige Feuerwehr.

Morgens 7 Uhr: Choralmusik vom Turme der Evangelischen Stadtkirche.

Vormittags 9-11 Uhr: Festgottesdienste.

Vormittags 11 1/2 Uhr: Parade der Garnison zu Fuß auf dem Schloßplatz.

Nachmittags 2 Uhr: Festessen im großen Saale des Museums.

Nachmittags 4 Uhr: Festkonzert im Stadtpark, bei ungünstiger Witterung im großen Festsaal.

Abends 7 Uhr: Festvorstellung im Großherzoglichen Hoftheater.

Karlsruhe, den 4. Juli 1912.

Der Stadtrat:

Siegriß

Reudert.

Bad. Kunstgewerbeverein e. V.

Wanderausstellung

des Verbandes deutscher Kunstgewerbevereine: Tafelgeschirr und Tafelschmuck aus den letzten fünf Jahrzehnten

im Kunstgewerbe-Museum Karlsruhe

Dauer bis 10. Juli. — Geöffnet (ausschl. Montag und Samstag) von 10 bis 1 und 2 bis 4 Uhr, Sonntags 11 bis 1 und 2 bis 4 Uhr.

8766

Eintritt frei.

Es ist erschienen:

Die sozialdemokratische Gefahr in Baden

Betrachtungen zur politischen Scharfmacherei des badischen Zentrumsführers Th. Wacker von A. Weismann, Redakteur

Inhalt: Persönliches — Der Kampf um das gleiche und direkte Wahlrecht — Herunter mit den Nationalliberalen — Die Wahl von 1905 — Der erste Großblud — Die Folgen des Wacker'schen Wahl-Erlasses — Verwirrung im liberalen Lager — Die Reichsfinanzreform und die letzten Landtagswahlen — Gegen die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten — Wie Herr Wacker die sozialdemokratische Gefahr bis 1907 ansah — Die Ravensburger Rede — Die wirtschaftliche Entwicklung Badens — Die Steuerverhältnisse Badens — Die sozialdemokratische Bewegung — Besteht also eine sozialdemokratische Gefahr? — Der Entscheidungskampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie — Die Landtagswahlen von 1912

Preis 25 Pfg.

Schon nahezu 3000 Exemplare verkauft.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung „Volksfreund“

Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Fahrrad-

Reparaturwerkstätte Carl Steinbach

Erbsprinzenstr. 36, a. der Hauptpost.



Reparaturen, sowie Einsetzen von Freilauf-Naben in allen Systemen werden pünktlich ausgeführt.

Emallierung u. Vernickelung des Instandsetzens der Räder jetzt beste Gelegenheit.

Ersatz- u. Zubehörteile billigst Allein-Vertreter:

Stoever-Greif- und Dürkopp-Fahrräder

Uhrenreparaturen.

Anerkannt beste und billigste Reparaturwerkstätte seit zwölf Jahren. Reinigen und reparieren 1.50 Mk., reinigen, reparieren und neue Feder 2 Mk., Feder einlegen und ölen 1.20 Mk., Glas, Feiger, Bügelring je 25 Pfg. Reparaturen an Band- und Federuhren ebenfalls billig und unter Garantie. 4604

Joh. Träger, Kaiserstraße 17, Stb. 2 & 3

Komplettes Schlafzimmer

für 135.— Mark

bestehend aus:

- 2 Betten
- 2 Nachttischen
- 1 Schrank
- 1 Waschtisch
- 2 Stühle

1 Handtuchhalter

alles neu, gut gearbeitet, unter Garantie hat zu dem billigen Preis abzugeben

Heinrich Karrer

Lagerhaus und Möbelhandl. Philippsstraße 19.

Ullstreu-Pulver

Bestes Kosmetikum d. Welt. z. Pflege d. Füße. Kein Wundlaufen, kein Geruch mehr von irrd. Antiseptisch empfohlen. Zu haben in all. Droz. u. Apoth. Preis 1 Mk. Wonicht erhältl. erzezt. Einsd. v. M. 1.15 Franko-Versand direkt v. Fabrik Hans Fecher Frankfurt a. M. 13



Großes Wald-Fest

hinter der Grenadier-Kaserne, am Sonntag, den 7. Juli, nachmittags drei Uhr, bei günstiger Witterung, sonst am 14. Juli. Zu demselben laden wir unsere verehrl. Mitglieder mit Familie, sowie Freunde und Gönner zu zahlreicher Beteiligung freundlichst ein. Für gute Getränke, ff. Moninger Bier, Glas 10 Pfg., Unterhaltungs-spiele ist bestens gesorgt. Nach dem Waldfest Zusammenkunft im Vereinslokal. 492

Lüchtige Pflasterer

für längere Beschäftigung gesucht.

Johann Götz, Baugeschäft, Strahburg, Jörnshaden 5

Herde,

darunter emaillierte, sind billig zu verkaufen.

Luisenstr. 45, part.

Oefen, Grude-Oefen, Herde Gasherde, Küchen- und Haushalts-Artikel

kauft man immer noch am besten und billigsten bei

Ernst Marx, Luisenstraße 45. 310

Amerik Brillant Glanz-Stärke

mit der

Globus-



gibt die

schönste Plättwäsche

25 Mk. tägl. Verdienst durch Verkauf m. Patent-Artikel für Herren. Feinheits-Fabrik Wittwe-Warckersbach Nr. 145

Pfannkuch & Co

Neue gelbe Italiener

Kartoffeln

3 Pfund 25 Pfg.

10 Pfund 80 Pfg.

Zentner 7.75 Mk.

Neues Sauerkraut

Pfund 15 Pfg.

Neue Matjes-Heringe

Stück 10 Pfg.

Neue Bismarck-Heringe

aus frischen Fischen

Stück 10 Pfg.

4 Liter 2.80 Mk.

Solländer Schlangengurken

St. 18 u. 20 Pfg.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen

Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 17. Juli, vormittags von 9 Uhr und nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungslokal des Leihhauses: Schwabenstr. 6, 2. Stod, die

öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 26-658 bis mit Nr. 29-315 gegen Barzahlung statt.

Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.

Die Masse bleibt am Versteigerungstag sowie am Nachmittag des vorhergehenden Tages geschlossen. 430

Karlsruhe, 6. Juli 1912.

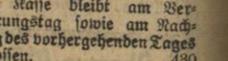
Städt. Pfandleihkasse.

Anzüge nach Mass

in eleganter Ausführung aus hochmodernen dänischen Stoffen

Vorzüglicher Schnitt und Sitz

Fertige Anzüge Mk. 20.- bis 50.-



Julius Löwe

Karlsruhe 7321

25 Werderplatz 25